

Dorothea Schmidt

„Die Kraft der deutschen Erde“

Das Bier im Nationalsozialismus und die
Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft
in Berlin-Schöneberg



Nomos

<https://doi.org/10.5771/9783748900498>, am 05.06.2024, 18:11:12
Open Access –  <https://www.nomos-elibrary.de/agb>

edition
sigma



HWR Berlin Forschung

herausgegeben von

Prof. Dr. Christoph Dörrenbächer
Prof. Dr. Marianne Egger de Campo
Prof. Dr. Wolfgang Kühnel
Prof. Dr. Friederike Maier
Prof. Dr. Olaf Resch

Band 65

Die Reihe HWR Berlin Forschung schließt an die Reihe fhw
forschung der vormaligen Fachhochschule für Wirtschaft
Berlin an, aus der die Hochschule für Wirtschaft und Recht
Berlin 2009 hervorgegangen ist.

Dorothea Schmidt

„Die Kraft der deutschen Erde“

Das Bier im Nationalsozialismus und die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft in Berlin-Schöneberg



Nomos

edition
sigma



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5920-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0049-8 (ePDF)

edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Im deutschen Bier



die Kraft
der deutschen Erde

Vorwort

Gebäude haben ihre Geschichte, die rühmlich oder schmachvoll, erhebend oder belanglos sein kann. Diejenigen, die sie später bewohnen oder in ihnen arbeiten, zeigen oft wenig Neigung zu erfahren, auf wessen Spuren sie gehen, oder was dort früher geschah. In der Hochschule für Wirtschaft und Recht gab es dagegen immer schon Menschen, die sich dafür interessierten, welche Einrichtungen sich in den Gebäuden der heutigen HWR Berlin früher befanden – und es gab auch immer schon Hochschulleitungen, die bereit waren, die Erforschung dieser Vergangenheit zu unterstützen. So entstand in der Zeit, als Prof. Dr. Franz Herbert Rieger Rektor der Hochschule war, und ich selbst an diesem Ort Wirtschafts- und Sozialgeschichte unterrichtet habe, 2004 meine Monografie *Zeitgeschichte im Mikrokosmos – ein Gebäude in Berlin-Schöneberg*, bei der das Gebäude in der Badenschen Straße 50-51 im Mittelpunkt stand. Hier folgt nun auf Anregung des jetzigen Präsidenten Prof. Dr. Andreas Zaby ein Rückblick auf das später bezogene Nachbargebäude in der Badenschen Straße 52.

Ich danke der Hochschule und ihren Leitern für ihr anhaltendes Interesse an Geschichte und für die tatkräftige Förderung der beiden Projekte. Prof. Dr. Andreas Zaby danke ich außerdem dafür, dass er nicht nur das Projekt initiierte, sondern mir auch Akten des Grundbuchamtes Schöneberg in Lichterfelde beschaffen konnte und mit mir die Frage der Konzentrationsentwicklung der Braubranche diskutiert hat.

„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“ (Wilhelm von Humboldt).

Dorothea Schmidt

Inhalt

Vorwort	7
1. Ein Neubau für die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft (HVdB)	15
2. Die HVdB – und wer beim Bier sonst noch mitzureden hatte	21
Der Reichsnährstand und der Ständegedanke	21
Die Hauptvereinigung, eine Instanz zur Regelung des Marktes?	27
Die Praxis der HVdB-Arbeit	30
Die umstrittene Stammwürze	34
Welche Gruppierung setzte sich durch? Und warum?	38
3. Ein Volksgetränk und seine Produzenten	45
Das Oktoberfest 1935 und das Bier in den Vorkriegsjahren	45
Ein Brauerei-Jubiläum 1943 und das Bier im Krieg	52
Wer trank Bier? Und bei welchen Gelegenheiten?	57
Werbung für ein „deutsches“ Getränk	67
Die Brauwirtschaft – viele Große und tausende Kleine	69
Die Brauereiarbeiter und ihr Hastrunk	73

4. Was wurde nach 1945 aus...	77
... dem Gebäude?	77
... dem Reichsnährstand und den Bierverbänden?	82
... dem Bierkonsum und der Brauwirtschaft?	83

Abbildungsverzeichnis

	Postkarte aus der Zeit des Nationalsozialismus	5
Abb. 1:	Meraner Straße (Schöneberg): Brauhaus (Originaltitel)	15
Abb. 2 und 3:	Propagandaplakate des Reichsnährstandes	21
Abb. 4:	Othmar Spann (1878-1950), ab 1911 Professor an der TH Brünn, von 1919 bis 1938 an der Universität Wien	24
Abb. 5:	Walter Weddigen (1895-1978), ab 1931 Professor an der Universität Innsbruck, später in Erlangen-Nürnberg	24
Abb. 6:	Parteibuch von Jacob Immendorf	28
Abb. 7:	Holledau – Frühjahrsarbeit im Hopfengarten, Bayern um 1939 (Originaltitel)	30
Abb. 8:	Die Bockbierzeit hat begonnen. In den großen Brauereien hat man jetzt mit dem Ausstoß des Bockbiers begonnen. Die Bierkutscher freuen sich besonders, wie man auf unserem Bild sieht. Berlin, Dezember 1936 (Originaltitel)	34
Abb. 9:	HVdB: „Appell an alle deutschen Brauereien und Bierverleger!“, 1.4.1941	37
Abb. 10:	Poststempel der HVdB	38
Abb. 11:	Zeichnung aus der Zeitschrift Reine Luft	40
Abb. 12:	Theresienwiese, München, Oktober 1935 (1)	45
Abb. 13:	Theresienwiese, München, Oktober 1935 (2)	46
Abb. 14:	Berlin hat Durst! Hochbetrieb in einer Berliner Brauerei während der heißen Tage. Die Bierbrauer beim Anrollen der Fässer mit dem kühlen Trunk, Juli 1934 (Originaltitel)	50
Abb. 15:	Feier zum hundertjährigen Jubiläum der Schultheiss-Brauerei, Berlin, Deutsche Oper, 1943 (1)	52
Abb. 16:	Feier zum hundertjährigen Jubiläum der Schultheiss-Brauerei, Berlin, Deutsche Oper, 1943 (2)	52

Abb. 17:	Betreuung von Bombengeschädigten: SA beim Antransport von Bier und Getränken, Berlin, August 1943	56
Abb. 18:	Aschinger am Stettiner Bahnhof, Berlin ca. 1933	57
Abb. 19:	SS-Sturmlokal in der Alten Jakobstraße, Berlin, 1934	59
Abb. 20:	Angehörige einer Musikkapelle der SA vor einer Bierstube, Berlin, 1937	60
Abb. 21:	Weihnachtsfeier der „Alten Kämpfer“ mit NS-Prominenz; vorne ganz links NSDAP-Schatzmeister Franz-Xaver Schwarz (nicht identisch mit dem späteren HVdB-Vorsitzenden Franz X. Schwarz), rechts daneben im Profil Gauleiter Wagner, Löwenbräukeller, München, 24.12.1937	62
Abb. 22:	Ostpreußen in Bereitschaft, Sommer 1941 (Originaltitel)	64
Abb. 23:	Dieppe, an der französischen Atlantikküste – Infanteristen und Artilleristen, Sommer 1942	64
Abb. 24:	Weihnachtsfeier der SS-Wachmannschaft im Konzentrationslager Neuengamme, 1943	66
Abb. 25:	Werbekarten von Bären-Bräu in Schwenningen – eine Serie, die spätestens seit 1938 Verwendung fand; links eine Karte als Feldpost vom November 1940, rechts privat verschickt im Juli 1944	67
Abb. 26:	Kaufingerstraße, München, 1940	68
Abb. 27:	Schultheiss-Brauerei Kreuzberg, Berlin um 1902	70
Abb. 28:	Deutsche Brauerzeitung, Titelblatt vom 30.1.1892	73
Abb. 29:	Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend. Vor der Hopfengabe in die Braupfanne wird die Güte des Hopfens besprochen, Berlin, 1936 (Originaltitel)	75
Abb. 30:	Anordnung von General-Major Barinow zur Übergabe des Gebäudes des Reichsnährstandes an die Kommunistische Partei Deutschlands (Bezirk Schöneberg) vom 30.6.1945	78
Abb. 31:	Brief des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg vom März 2011, in dem bescheinigt wird, dass die Umbauten des Gebäudes Badensche Str. 52 denkmalgerecht erfolgten	81

1. Ein Neubau für die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft (HVdB)



Abb. 1: Meraner Straße (Schöneberg): Brauhaus (Originaltitel)

Quelle: Landesarchiv Berlin, F-Rep-290-0118049, Fotograf Bert Sass

Ein Foto aus dem Jahr 1967 zeigt das Gebäude Ecke Badensche Straße/Meranerstraße, in dem sich damals das Sozialamt für den Bezirk Schöneberg befand. Über den Treppenstufen zum Aufgang hing ein großes Schild mit der Aufschrift *Brausäle Schöneberg* und dem Bild eines Mannes, der beiläufigen Passanten aufmunternd mit einem Bierglas zugprostete. Wie kam es zu der eigenartigen Nähe der beiden Einrichtungen? Hier traf die Gegenwart Westberlins auf einen Ausläufer der Vergangenheit, denn errichtet worden war das Gebäude 1938/39 für den nationalsozialistischen Reichsnährstand, genauer für eine seiner Unterabteilungen: die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft (HVdB), die es bis zum Mai 1944 genutzt hat. Die HVdB hatte ihren ersten Sitz in der Standartenstraße (heute Herbert-von-Karajan-Straße), musste ihn dann aber aufgeben, weil ihr Domizil den gigantomanischen Planungen Albert Speers für die *Reichshauptstadt Germania* im Weg stand. Diese blieben zwar

meistenteils unverwirklicht, ab 1938 wurde jedoch für die geplanten breiten Straßenachsen und Repräsentationsbauten bereits großräumig abgerissen, was auch die Hauptvereinigung und weitere NS-Organisationen traf. Anders als jüdische Hausbesitzer, die man entschädigungslos enteignete, bekamen sie Ersatzbauten, und so fand sich die HVdB in Schöneberg nun in unmittelbarer Nachbarschaft zur Wirtschaftsgruppe Einzelhandel wieder, der es ebenso ergangen war. Das Grundstück, auf dem die beiden Verwaltungsbauten errichtet wurden, gehörte bis dahin der Berlinischen Bodengesellschaft, die 1890 von Georg Haberland gegründet worden war. Diese hatte sich als Bauentwicklungs-Gesellschaft betätigt und unter anderem das Bayerische Viertel ins Leben gerufen. Nach 1933 war sie „arisiert“ worden. Die Parzellen, auf denen das Gebäude für die HVdB errichtet wurde, waren bis dahin nicht bebaut worden, sondern immer noch Kleingartengebiet.¹

Die beiden Bauten, die durch die Meraner Straße voneinander getrennt sind, wurden von verschiedenen Architekten entworfen: Kurt Bornemann konzipierte den Bau der Hauptvereinigung, Arthur Vogdt denjenigen der Wirtschaftsgruppe, und keiner von ihnen zeigt die Merkmale, die sonst oft typisch für die Verwaltungsbauten aus dieser Zeit sind. Es fehlen bombastische Portale und hochaufragende, wuchtige Pfeiler, auch die Dimensionen der Eingangshallen sind maßvoll und nicht erdrückend. Der Vogdt-Bau hat eher Anklänge an den Historismus, der denkmalgeschützte Bornemann-Bau eher solche an das Bauhaus – insbesondere das helle, geschwungene Treppenhaus musste in der nationalsozialistischen Diktion eigentlich als „kulturbolschewistisch“ gelten. In beiden Gebäuden ist inzwischen die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin ansässig, im Vogdt-Bau seit 1971 (damals noch unter dem Namen Fachhochschule für Wirtschaft), im Bornemann-Bau seit 2010. Die Schöneberger Bauten stellen seither einen der Standorte der Hochschule dar, deren zweiter sich in Lichtenberg befindet.

Aufgabe des Reichsnährstandes sollte es nach § 2 des Reichsnährstandsgesetzes sein, „die Erzeugung, den Absatz, sowie die Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu regeln, wenn dies unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint.“ Das wirft die Frage auf, in welcher Weise dieser hohe Anspruch, der allerdings inhaltlich vielfältig interpretierbar blieb, von der Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft für ihren Bereich umgesetzt wurde, und welche anderen Akteure innerhalb des politischen Spektrums dabei eine Rolle spielten. Darüber hinaus: Wie entwickelte sich der Bierkonsum, und wie erging es der Branche selbst und den in ihr Tätigen?

1 *Grundbuchamt Schöneberg*, Bd. 178, Blatt 5365: Kaufvertrag v. 14.7.1938.

Deutschland war traditionell eines der führenden Biertrinkerländer Europas: Wie sehr das Getränk für viele zum täglichen Leben gehörte, zeigt sich etwa daran, dass es Anfang der 1870er Jahre, als der Bierpreis erhöht werden sollte, in mehreren Städten zu militanten Protestaktionen kam. Auch die volkswirtschaftliche Bedeutung des Braugewerbes war erheblich. Bis zum Ersten Weltkrieg rangierte sein Produktionswert an der zweiten Stelle aller Branchen. Er kam gleich nach dem Maschinenbau und entsprach demjenigen des Steinkohlebergbaus. Anfang der 1930er Jahre stellte Deutschland mit seinen 4.500 Brauereien und 40.000 Hausbrauereien den größten Biererzeuger Europas dar und pro Kopf der Bevölkerung wurde hier mehr Bier getrunken als in jedem anderen Land.²

Dabei gab es erhebliche regionale Unterschiede, bei denen vor allem Bayern hervorstach. In den 1880er Jahren war der Konsum pro Kopf der Bevölkerung mit jährlich 209 Litern mehr als doppelt so hoch als in Brandenburg und Berlin, und mehr als vier Mal so hoch als in Hannover, Braunschweig oder Oldenburg. Bayern nahm auch in den folgenden Jahrzehnten insofern eine Sonderstellung ein, als es dort nach Ansicht von Thomas Welskopp eine „einzigartig stabile Absatzsituation für Bier“ gab, „eine fast schon unelastisch zu nennende Nachfrage“. Im Jahr 1929 wurden in Bayern im Durchschnitt immer noch 205 Liter Bier getrunken, im restlichen Deutschland 90 Liter. Ging man in Bayern in Bierkeller oder Gartenwirtschaften, so Michael Grüttner zufolge in Berlin oder im Ruhrgebiet in „Stehbierhallen, die weniger der entspannten Kommunikation als dem raschen Trinken dienten“, und die Kneipenlandschaft erstreckte sich „über Eckkneipen, in denen sich die Nachbarn trafen, bis hin zu großen ‚Bierpalästen‘, die vor allem nach der Jahrhundertwende aus dem Boden schossen“. Hier fanden sich einsame Trinker und regelmäßige Kartenrunden, zufällig Vorbeikommende und wöchentliche Stammtischbesucher, behäbige Sparvereine und politische Gruppen ein – all diese Einrichtungen waren zentrale Orte der Geselligkeit, und zwar, wie Grüttner ausführt, ganz überwiegend von Männern: „Die Mehrzahl der Frauen lebte zwar nicht grundsätzlich abstinent, aber ihr Alkoholkonsum blieb demgegenüber doch vergleichsweise gering, besonders das Wirtshaus war das Zentrum einer weitgehend männlich geprägten Öffentlichkeit“, da den Frauen, selbst wenn sie erwerbstätig waren, nach der gängigen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in Arbeiterkrei-

2 Zu Deutschland als Biertrinkerland: *Michael Grüttner* (1987): Alkoholkonsum in der Arbeiter-schaft 1871-1939, in: Toni Pierenkemper (Hg.): Haushalt und Verbrauch in historischer Perspektive – Zum Wandel des privaten Verbrauchs in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen, S. 229-273, hier: S. 232.

Mikuláš Teich (2000): Bier, Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland, 1800-1914, Wien, S. 7; *Erich Borkenhagen* (1971): Deutscher Brauer-Bund e.V. 1871-1971, Bonn-Berlin, S. 197.

sen wie in den Mittelklassen die meisten Aufgaben und Sorgen für Kinder und Haushaltsführung aufgebürdet wurden: „Umgekehrt wurde die Anziehungskraft der Kneipen für manche Männer gerade dadurch erheblich verstärkt, dass sich hier die Möglichkeit bot, den familiären Alltagsorgen für einige Zeit zu entrinnen.“ Daneben wurde Bier zu Hause getrunken, wozu man es in eigenen Krügen aus nahen Gastwirtschaften holte, außerdem gab es hunderte von kleinen und großen Veranstaltungen, von traditionellen Schützenfesten bis zum Münchner Oktoberfest, bei denen das Bier in Strömen floss. Waren der Reichsnährstand bzw. die HVdB bestrebt und in der Lage, alle diese tief verwurzelten Gewohnheiten des Biertrinkerlandes Deutschland in ihrem Sinn zu ändern?³

In den 1970er Jahren war der Reichsnährstand für viele nur noch eine bedrückende, für andere eine nostalgische Erinnerung an jene Organisation, deren Programm „Blut und Boden“ gelautet hatte. Nach 1945 erwies sich seine Abwicklung, vor allem wegen seines umfangreichen Besitzes an Gebäuden und anderen Vermögenswerten, als besonders kompliziert. Das erklärt auch, warum sich die *Brausäle Schöneberg* so lange hielten. Als hier noch die Hauptvereinigung ansässig war, wurde in den unteren Etagen des Hauses der Markt für das Produkt organisiert, an dem sich in der obersten Etage Mitarbeiter und Besucher gütlich tun konnten. Nach 1945 wurden aus diesem Dachgeschoß die *Brausäle*, die im Branchen-Telefonbuch von Berlin nicht unter „Gaststätten“, sondern unter „Festsäle“ zu finden waren. Sie stellten keine öffentliche Gaststätte dar, sondern eine Einrichtung, die für besondere Anlässe gebucht werden konnte und in der Schultheiss-Bier ausgeschenkt wurde. Ein früherer Schüler der Rückert-Schule, die auf der anderen Seite des Volksparks, unmittelbar neben dem damaligen RIAS-Gebäude lag, erinnert sich daran, hier Ende der 1950er Jahre öfter einmal an Schülerfeiern oder Abiturbällen teilgenommen zu haben. In der Schule selbst waren die Räumlichkeiten beengt und mussten zudem abends der Volkshochschule zur Verfügung gestellt werden, so dass man für Feiern gerne auf die nahegelegenen *Brausäle* auswich. Gelegentlich sollen dort Jazzbands aufgetreten sein, u.a. die Berliner Gruppe Storyville. In einem Rückblick auf die Geschichte der Schule von 1984 heißt es über diese Jahre: „Zeitweise nehmen die Schülerbälle allerdings auch überhand, was die Schulleitung zu einer Warnung in der ‚hört! hört‘ [der damaligen Schülerzeitung]

3 Grüttner (1987) a.a.O., S. 237; Thomas Welskopp (2016): Halbleer oder halbvoll? Alkoholwirtschaft, Alkoholkonsum und Konsumkultur in den Vereinigten Staaten und im Deutschen Reich in der Zwischenkriegszeit: Biergeschichte(n), in: Michael Prinz (Hg.), Die vielen Gesichter des Konsums. Westfalen, Deutschland und die USA 1850-2000, Paderborn, S. 183-207, hier S. 203; Grüttner (1987), a.a.O., Zitate S. 247, 255; Grazyna Buchheim/Christoph Buchheim (2008): Vollbier, Dünnbier und die Bayern, in: Christian Kleinschmidt (Hg.): Kuriosa der Wirtschafts-, Unternehmens- und Technikgeschichte, Essen, S. 149-152, hier S. 149.

veranlaßt, wegen der vielen blauen Briefe demnächst keinen Ball mehr zu genehmigen.“⁴

Auf einem Foto des Gebäudes von 1976 wurden die *Brausäle* nach wie vor auf einem eigenen Schild angezeigt, diesmal allerdings bereits etwas kleiner als auf demjenigen von 1967, und ohne das Bild des fröhlichen Biertrinkers. Rund vier Jahrzehnte, nachdem die Hauptvereinigung hier eingezogen war, war das Bier an diesem Ort immer noch präsent, wenn auch inzwischen lediglich in der Dachetage.⁵

4 Mitteilung von *Jürgen Mahnke*, einem früheren Schüler der Rückert-Schule. *o.V.* (1984): 75 Jahre Rückert-Schule. Nachforschungen – Erinnerungen – Einblicke, Berlin, S. 69.

5 Foto von 1976 in: *Wolfgang Schäche* (2002): Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945, Berlin, S. 408.

2. Die HVdB – und wer beim Bier sonst noch mitzureden hatte

Der Reichsnährstand und der Ständegedanke



Abb. 2 und 3: Propagandaplakate des Reichsnährstandes

Quelle: Bundesarchiv, Plak 003-019-018, Grafik Ludwig Hohlwein / Bundesarchiv, Plak 003-003-047, Grafik o.A.

Unter der Leitung von Walter Darré, der gleichzeitig den Posten des Reichsministers für Landwirtschaft und Ernährung einnahm, wurde im September 1933 der Reichsnährstand (RNS) gegründet, zugleich wurden alle bis dahin bestehenden Landwirtschaftskammern und tausende landwirtschaftliche Vereine und Verbände entweder eingegliedert, angegliedert oder aufgelöst. Der RNS sollte nicht nur die Produktion aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse strikt regulieren, sondern auch sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette erfassen, insbesondere ihre Verarbeitung und Verteilung. Doch Darrés Vorstellungen gingen noch sehr viel weiter. Der Bauer würde in Zukunft „Ernährer des Volkes“ sein,

und darüber hinaus, wie Darré seit 1930 bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Schriften und Reden kämpferisch betonte, „artgemäßer und gesunder Bluterneuerungsquell werden“. Die „nordische Bewegung“ würde einen neuen Staat entstehen lassen, in dem die „Gesetze von Blut und Boden“ herrschten: „Das Bauerntum – worunter hier auch der Gutsbesitzer und der Kleinsiedler verstanden seien – hat die Grundlage des Staates zu bilden, von ihm aus gliedert sich dann im Staate die Stadt und die Industrie in den Volkskörper ein.“ Zunächst sah es tatsächlich so aus, als würde die Bauernschaft zu einer tragenden Säule des nationalsozialistischen Universums.

Im Jahr 1936, als das abgebildete Wahlplakat zur Reichstagswahl angeschlagen wurde, war die Lage der Landwirtschaft und des Bauerntums allerdings bereits sehr viel schwieriger, als es die prahlerischen Erfolgsmeldungen darauf suggerierten. Auch abgesehen von der kaum zu beziffernden „Sicherung der deutschen Volkskraft“ sah die Bilanz düster aus. Die „Sicherung des deutschen Bauerntums“ litt unter der anhaltenden Landflucht. Nach wie vor wollten immer weniger Erwerbstätige die endlose Plackerei der Arbeit in der Landwirtschaft auf sich nehmen und kehrten der „Scholle“ den Rücken, sobald sie konnten. An allen Ecken und Enden fehlten Arbeitskräfte, so dass man städtische Jugendliche zu einem „Landjahr“ ausrücken ließ, was weder bei ihnen selbst besonderen Anklang fand noch bei den Bauern, für die sie kaum eine Entlastung bedeuteten. Die „Sicherung der deutschen Ernährung“ und die „Sicherung der deutschen Wehrkraft“ waren nicht einmal am Horizont absehbar, da die landwirtschaftlichen Erträge sich mäßig entwickelten, Deutschland auf wachsende Importe, insbesondere bei Getreide, angewiesen blieb und 1935/36 wiederholt von einer „Brotkrise“ die Rede war. Gleichzeitig gelang es dem Reichsnährstand, Preiserhöhungen für die Produkte der Landwirtschaft durchsetzen, so dass die bäuerlichen Einkommen zumindest bis 1935 anstiegen. Damit war es allerdings schon im folgenden Jahr vorbei: Die Einkommen stagnierten, und der bis dahin gehätschelte „Bauernstand“ konnte sich mittlerweile nur noch beim jährlichen Reichserntedankfest am Bückeberg feiern lassen, das mit einer Besucherzahl von mehr als einer Million eine ähnlich gigantische Massenveranstaltung wie der Nürnberger Parteitag war. Doch auch dieses Großereignis wurde ab 1937 eingestellt.⁶

Der Reichsnährstand sollte ein Sonderfall bleiben, und er wurde nicht zum Modell für die übrige Wirtschaft. Im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 hatte es zu Fragen der angestrebten wirtschaftlichen Organisation geheißen, man wolle eine „starke Zentralgewalt des Reiches“, außerdem die „Bildung von

6 Walther R. Darré (1942): *Um Blut und Boden – Reden und Aufsätze*, München, S. 27. Gustavo Corni/Horst Gies (1997): *Brot – Butter – Kanonen – Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin, S. 280ff, 296, 302ff, 314, 345.

Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reiche erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.“ In den folgenden Jahren war es vor allem der österreichische Nationalökonom Othmar Spann, der dafür eintrat, die ihm verhasste parlamentarische Demokratie durch ein politisches System zu ersetzen, das sich an romantisierenden Vorstellungen der Selbstverwaltung mittelalterlicher Zünfte orientierte. In den Berufsständen würden Meister (in der Gegenwart: Unternehmer) und Gesellen (in der Gegenwart: Angestellte und Arbeiter) einträchtig zusammenarbeiten. Trotz dieses antimodernen Zuges fand Spann damit Anklang bei Großunternehmern wie Fritz Thyssen, die mit dem Nationalsozialismus sympathisierten, staatliche Bevormundung allerdings ablehnten. Genau diese hatten führende Nationalsozialisten aber im Sinn und trugen den Ständegedanken bereits im Herbst 1933 zu Grabe. Mit dem *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* verankerte das Regime im Januar 1934 zwar das vielen Unternehmern willkommene Führerprinzip, setzte ihnen bei der Bestimmung von Löhnen und Arbeitszeiten jedoch eigens bestellte Treuhänder der Arbeit vor die Nase. Einzig in der Landwirtschaft und in den mit ihnen verbundenen Wirtschaftszweigen wurde der ständestaatliche Gedanke, zumindest dem Namen nach, verwirklicht.⁷

Der deutsche Nationalökonom Walter Weddigen war auch 1938 noch davon überzeugt, der Ständegedanke habe sich allgemein und insbesondere in der Brauwirtschaft durchgesetzt und man habe damit die „Zersetzungserscheinungen“ des Klassenkampfes überwunden, da die Stände Gesellschaftsgruppen darstellten, die „in sich geeint durch die Zielgleichheit ihrer Leistungen für das Volksganze, als dessen Glieder zwischen Basis und Spitze des völkischen Organismus vermitteln.“ Innerhalb der staatlich gelenkten Wirtschaft hätten die Stände „dasjenige Maß von Selbständigkeit, Selbstverwaltung und individuellem Eigenleben, das ihnen im Rahmen der organisch zweckmäßigen Synthese von Freiheit und Bindung, von Individual- und Kollektivgrundsatz zukommt.“ Diese Bilderbuchidylle stand allerdings in krassem Gegensatz zum Postulat des Führerprinzips, das innerhalb der Unternehmen wie innerhalb der Hierarchie der staatlichen Stellen zu gelten hatte. Beim Reichsnährstand sollten die Herstellung, die Verarbeitung und die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte nicht nur zusammenlaufen, sondern vor allem unter der Ägide der Bauernschaft stehen. Das passte der Ernährungsindustrie (und den Brauereien) ebenso wenig

7 Zitat aus dem Parteiprogramm der NSDAP von 1920 bei *Avraham Barkai* (1998): *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945*, Frankf./M., S. 110; *Othmar Spann* (1920): *Der wahre Staat*, Leipzig, S. 280.

wie dem Handel, doch konnte sich Darré aufgrund seiner starken Stellung zunächst weitgehend durchsetzen.⁸

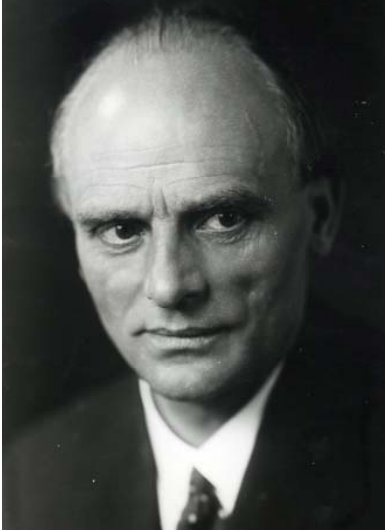


Abb. 4: Othmar Spann (1878-1950), ab 1911 Professor an der TH Brünn, von 1919 bis 1938 an der Universität Wien



Abb. 5: Walter Weddigen (1895-1978), ab 1931 Professor an der Universität Innsbruck, später in Erlangen-Nürnberg

Quelle: Österreichische Nationalbibliothek-Bildarchiv / My Heritage, USA

Nach späteren Einschätzungen büßte Darré seine herausragende Position innerhalb des nationalsozialistischen Apparats allerdings bald ein. So urteilt Andreas Dornheim: „Mit dem riesigen, bürokratisch aufgeblasenen, krakenartigen Gebilde des Reichsnährstandes hatte sich Darré... ein mächtiges Imperium geschaffen, das jedoch unter einer gewissen Schwerfälligkeit litt und nur so lange ein Machtzentrum darstellte, wie es einerseits die Effektivitätsanforderungen des Nationalsozialismus im Hinblick auf die Vorbereitung der Kriegswirtschaft erfüllte, andererseits mit Himmlers ‚SS-Staat‘ kooperierte.“ Der Verwaltungsmoloch umfasste neben einer Zentralbehörde zahllose Untereinheiten von Landesbauernschaften und Kreisbauernschaften, außerdem befehligte er Landwirtschaftsschulen und Wirtschaftsberatungsstellen, Tierzucht- und Tiergesundheitsämter, Einrichtungen der Milchwirtschaft und des Pflanzenschutzes, Lehr-

8 Walter Weddigen (1938): Der wirtschaftsständische Gedanke und das deutsche Braugewerbe, in: Ders. (Hg.): Grundfragen der deutschen Brauwirtschaft, Leipzig, S. 1-19, hier S. 8, 13-14.

und Versuchsanstalten sowie Forstämter und Bezirksförstereien – und zehn *Hauptvereinigungen*, die als fachliche Untergliederungen nach landwirtschaftlichen Endprodukten wie Fische, Eier oder Kartoffeln oder aber nach Agrarrohstoffen wie Getreide und Futtermittel organisiert waren. Lediglich bei Zucker, Bier und Wein stand das verarbeitete Produkt im Mittelpunkt. Dieses System war so kompliziert, dass sich in ihm häufig nicht nur seine Zwangsmitglieder, sondern auch die in ihm tätigen Funktionäre verloren. Es brachte zudem einen ungeheuren Personalaufwand mit sich. Die Mehrzahl der früheren Amtsträger fand hier ihren Platz, zugleich wurden viele Stellen neu geschaffen, so dass im Jahr 1939 im gesamten Reichsnährstand rund 75.000 Personen beschäftigt waren. Der kleinere Teil davon waren Beamte und Angestellte, der größere ehrenamtlich Tätige, was jedoch nicht hieß, dass sie dafür kein Geld bezogen, weshalb die immensen Personalkosten zu wiederholten Auseinandersetzungen mit dem Reichsfinanzministerium führten. Mit der Zeit wurde der Reichsnährstand mehr und mehr zu einem Koloss auf tönernen Füßen.⁹

Von Anfang an stand er zudem in Konkurrenz zu anderen Organisationen und den Karriereambitionen ihrer Leiter. Dies betraf zunächst die Deutsche Arbeitsfront, die sich als Dachverband für Unternehmer *und* ihre Beschäftigten verstand, indem sie an die Stelle der aufgelösten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften trat. Im Fall der Landwirtschaft setzte sich ihr Leiter Robert Ley für eine bessere Bezahlung der besonders schlecht entlohnnten Landarbeiter ein, während Darré genau das Gegenteil wollte, nämlich niedrigere Löhne im Interesse der Bauern. Auch mit SS-Führer Himmler verstrickte er sich in anhaltende Kompetenzkämpfe, da beide unterschiedliche Vorstellungen zur „Germanisierung“ der eroberten Siedlungsgebiete im Osten verfolgten. Darré hatte die allmähliche Veränderung mit dem Ziel der bäuerlichen Neubesiedlung im Auge, während Himmler die rasche und offensive räumliche Expansion zum Zweck der Herrschaftssicherung anvisierte und damit letztlich die Oberhand behielt. Vor allem aber war es der Vierjahresplan von 1936, der den Reichsnährstand endgültig abwertete und den politischen Abstieg seines Leiters Darré einleitete. Denn von nun an sollte es alleine darum gehen, die deutsche Wirtschaft „kriegsfähig“ zu machen, was für die Landwirtschaft hieß: mit allen verfügbaren Mitteln die Produktion zu erhöhen. Dabei war es nicht Darré, sondern sein Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe, der in der Behörde des Vierjahresplans zum Verantwortlichen für die *Geschäftsgruppe* „Ernährung“ ernannt wurde. Diese Behörde war den Mi-

9 Zitat von *Andreas Dornheim* (2011): Rasse, Raum und Autarkie – Sachverständigengutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit, Bamberg, http://www.bmel.de/SharedDocs/Download/Ministerium/RolleReichsministeriumNSZeit.pdf?__blob=publicationFile, S. 83-84. (Letzter Zugriff 4.4.2019)

nisterien gegenüber weisungsbefugt, so dass Darrés Untergebener auf diese Art kurioserweise zu seinem Vorgesetzten wurde.¹⁰

Im Anschluss an das *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* wurde im Februar 1934 ein weiteres Gesetz erlassen, das diesmal nicht die Unternehmen, sondern deren Verbände betraf. Mit dem *Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft* wurden alle bisherigen Branchenverbände durch Reichs- und Wirtschaftsgruppen abgelöst und dem Wirtschaftsministerium unterstellt. Das betraf auch die Verbände der Brauwirtschaft, in erster Linie den 1871 gegründeten Deutschen Brauer-Bund mit all seinen Landes-, Bezirks- und Ortsverbänden, außerdem den Schutzverband der ehemaligen Brausteurgemeinschaft und zahllose weitere Verbände auf regionaler oder lokaler Ebene. Die neuen Wirtschaftsgruppen zerfielen in Hauptgruppen, wobei an die Spitze der Hauptgruppe Nahrungsmittelindustrie Bruno Schüler gesetzt wurde. Er war Direktor einer der größten deutschen Brauereien, der Dortmunder Union Brauerei, und Parteimitglied seit 1923, somit Nationalsozialist der ersten Stunde. Dass man hier einen Brauereidirektor berief, wirft ein Licht auf die Bedeutung des Brauwesens innerhalb des Nahrungsmittelsektors. Einige Monate später wurde eine Untergruppe dieser Hauptgruppe, die Wirtschaftsgruppe Brauerei (WGB) eingerichtet. Sie stand zunächst ebenfalls unter der Leitung von Schüler, der diese Position jedoch wegen zahlreicher anderer Ämter bald an seinen Stellvertreter Dr. Ernst Röhm abtrat (der nicht zu verwechseln ist mit dem SA-Führer Ernst Röhm, den Hitler 1934 ermorden ließ). Röhm war Besitzer des Bürgerbräu in Bad Reichenhall, also einer mittelständischen Brauerei, und kam in diese Position, ohne Parteimitglied zu sein.¹¹

Während die Wirtschaftsgruppe Brauerei letztlich dem Reichswirtschaftsministerium unterstand, gehörte die HVdB als Hauptvereinigung zum Reichsnährstand und unterstand somit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Es liegt nahe, dass diese Doppelung immer wieder Fragen der Abgrenzung aufwarf. Ernst Röhm erklärte dazu, die WGB sei zuständig für „das Werk“, entsprechend dem nährständischen Begriff „der Hof“, hingegen sei die Regelung des „Marktes“ Aufgabe des Reichsnährstandes, und er räumte auch noch 1938 ein, zwischen beiden bestünden wohl „gewisse organisations-

10 Zu den Unterorganisationen und Konflikten mit anderen Organisationen *Dornheim* (2011), a.a.O., S. 36f, 72, 77ff, 103f, 124.

11 Zur Wirtschaftsgruppe und zur HVdB: *Rainer Eckert* (1979): Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, H. 4., S. 243-278, hier S. 270; *Richard Butzmann* (1938): Die Organisation des deutschen Braugewerbes, in: *Walter Weddigen* (Hg.), a.a.O., S. 20-138, hier S. 27, 30, 41; zu Parteimitgliedschaften *BArch*, R 9361-IX, Kartei 17601678 (*BArch* steht hier und im Folgenden für Bundesarchiv).

rechtliche Zweifelsfragen“, die einer „eindeutigen Auslegung“ bedürften. Nach einer Verordnung von 1934 hatte die Wirtschaftsgruppe diese „im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu führen und die Angelegenheiten der Gruppe und ihrer Mitglieder unter Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft und unter Wahrung des Staatsinteresses zu fördern“. In einem Erlass des Reichswirtschaftsministeriums von 1936 wurden ihre Aufgaben dann etwas genauer erläutert. Die WGB sollte die Brauereien demnach zu technischen und wirtschaftlichen Fragen unterrichten, sie bei fachlichen und steuerlichen Fragen sowie bei solchen der Wehrwirtschaft und des Luftschutzes beraten und die Forschung vorantreiben.¹²

Die Hauptvereinigung, eine Instanz zur Regelung des Marktes?

Ursprünglich hatte Darré die Erwartung, dass auch an der Spitze der Hauptvereinigungen stets Vertreter der Bauernschaft stehen würden. Das war bei der HVdB von Anfang an nicht der Fall. Ihr erster Vorsitzender war bis 1940 Jakob (oder Jacob) Immendorf, Besitzer der mittelständischen Hubertus-Brauerei in Köln. Er war allerdings Mitglied im Landesbauernrat Rheinland und im Reichsbauernrat, außerdem seit 1. April 1933 Mitglied der NSDAP.¹³

12 Zu Aufgaben der WGB: Zitat bei *Stefan Wirth* (2002): Vor sechzig Jahren und einem Kondratieff (3). Zur deutschen Braubranche 1937, in: Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens, Jahrbuch 2002, S. 95-152, hier S. 132.

13 *BArch*, R 9361-IX, Kartei 17601678. Immendorf war Besitzer und später Vorstandsvorsitzender der Hubertus-Brauerei AG, die ab 1939 eine Aktiengesellschaft war und aus dem Zusammenschluss von drei Familienbrauereien bestand, www.koelsch-net.de/koelsch-net/anz/Gereons.htm (Zugriff 5.6.2018).

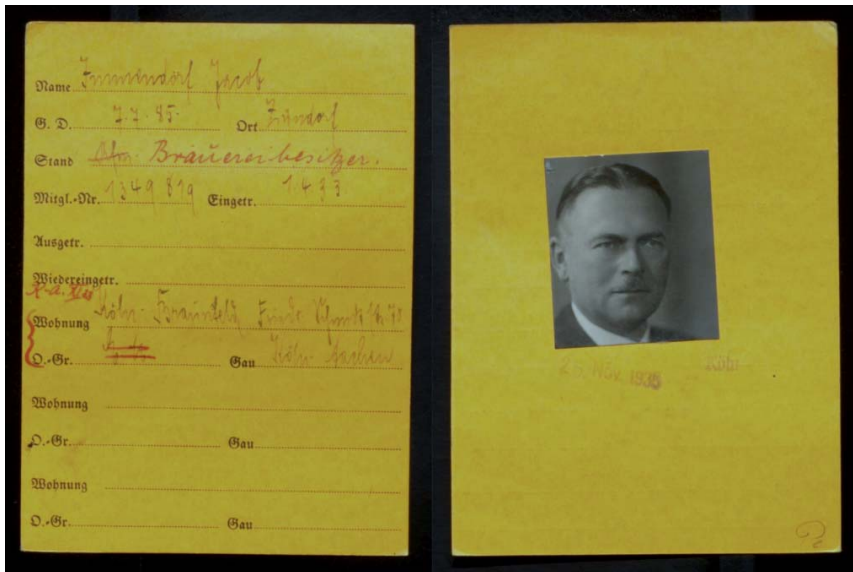


Abb. 6: Parteibuch von Jacob Immendorf

Quelle: Bundesarchiv, R 9361-IX, Kartei 17601678

Sein Nachfolger war Franz X. Schwarz, von dem nicht bekannt ist, welchen Beruf er ausübte, wohl aber, dass er den Titel „Direktor“ trug und in Berlin-Charlottenburg wohnte, demnach ebenfalls kein Landwirt war. Weiterhin zerfiel die HVdB in fünf regionale Brauwirtschaftsverbände (denen ab 1938 Bezirksgruppen in der „Ostmark“ und im Sudetenland zugeordnet wurden). An ihrer Spitze standen bei vier von ihnen Brauereibesitzer, bei einem ein Mälzereibesitzer.¹⁴

Charakteristisch für die Brauereibranche war bis dahin eine intensive Konkurrenz, die sich nicht so sehr auf der Preisebene abspielte, sondern darüber, welcher Brauerei es gelang, die meisten Kunden an sich zu ziehen, insbesondere, die Gaststätten zu beliefern. Aus diesem Grund strebte der Deutsche Brauerbund ab 1933 eine Zwangskartellierung an, die dann auch erfolgte – allerdings in anderer Form als der selbstbewusste Brauverband sich das vorgestellt hatte. Es sollte Aufgabe der HVdB sein, die bisherigen regionalen Kartelle in der Brauwirtschaft durch überregionale Regelungen zu ersetzen, was bei vielen

¹⁴ Zu Aufgaben und Personen in der HVdB: *Butzmann* (1938), a.a.O., S. 101ff.

Brauereien zunächst auf Zuspruch stieß, da vor allem kleinere und mittlere Unternehmen darunter litten, dass sie bei der Belieferung von Gaststätten nicht mithalten konnten, wenn größere diese mit „Nebenleistungen, Zugaben und Vergünstigungen aller Art“ an sich banden. Nach der ursprünglichen Vorstellung des Reichsnährstandes sollten die neuen Hauptvereinigungen dem „sozialistischen Charakter der Marktversorgung“ dienen – das aber hieß ab 1936: der Kriegswirtschaft. Dabei hatte die HVdB auf dem Papier weitreichende Kompetenzen zur Marktordnung, trat also im Gewand eines hoheitlichen Kartells auf:

- Sie sollte die Produktionsmengen der Rohstoffe und des Bieres regeln, insbesondere die Anbaufläche von Hopfen vorgeben und Kontingente für die Biererzeugung erteilen, außerdem die Zahl der Betriebe kontrollieren, indem sie neue Brauereien genehmigte oder auch bestehende schloss.
- Darüber hinaus sollte sie Vorschriften zur Beschaffenheit und zur Verarbeitung der Rohstoffe erlassen, somit deren Qualität ebenso wie die Bedingungen des Verkaufs an Gaststätten oder Großhändler festlegen.¹⁵

Brauereien und Mälzereien waren Zwangsmitglieder der HVdB, und wenn sie sich nicht an deren Anordnungen hielten, verfügte die Hauptvereinigung über ein reichhaltiges Arsenal von Strafen, die zum Tragen kamen, wenn etwa Malz an eine Brauerei verkauft wurde, ohne dass ein Bezugsschein vorlag; wenn das falsche Bezugsschein-Formular verwendet wurde; wenn Brauereien die angeordnete Hopfeneindeckung über- oder unterschritten hatten; oder auch, wenn sie den vorgeschriebenen Gehalt an Stammwürze nicht einhielten bzw. übertrafen. In tausenden von Fällen machte die HVdB dann von ihrem Sanktionsrecht ausgiebig Gebrauch. Dennoch war ihre Macht faktisch recht beschränkt. So war sie bei den Rohstoffen für die Regelung des Hopfenmarktes zuständig, nicht jedoch für diejenige der Braugerste, die in die Kompetenz der Hauptvereinigung der Getreide- und Futtermittelwirtschaft fiel. Auch hatte sie keinen Zugriff auf die Gaststätten. Vor allem aber hatte sie beim Bierpreis – dem wichtigsten Instrument einer kartellartigen Marktregulierung – gar nichts, und der übergeordnete Reichsnährstand nur vorübergehend etwas zu sagen. Bereits ab 1934 oblag die Kontrolle sämtlicher Preise einem Reichskommissar.¹⁶

15 Zitate bei *Butzmann* (1938), a.a.O., S. 65 und *Corni/Gies* (1997), a.a.O., S. 159.

16 Zu Strafen, die von der HVdB verhängt wurden (und gegen die meist erfolglose Beschwerden eingelegt wurden) *BArch*, R 17-VIII, Nr. 81-85, Beschwerdeausschuß. Zur Preisregulierung: *André Steiner* (2006): Von der Preisüberwachung zur staatlichen Preisbildung. Verbraucherpreispolitik und ihre Konsequenzen für den Lebensstandard unter dem Nationalsozialismus in der Vorkriegszeit, in: Ders. (Hg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln: S. 22-85.

Die Praxis der HVdB-Arbeit

*Abb. 7: Holledau – Frühjahrsarbeit im Hopfengarten, Bayern um 1939
(Originaltitel)*

Quelle: bpk Bildagentur, Nr. 20020279, Fotograf Walter Niessen

Bei den Rohstoffen, deren Verbrauch sie regulieren sollte, bekam die HVdB die Preise vorgesetzt, sollte aber deren Verteilung regeln, die bei Hopfen und Braugerste vor ganz unterschiedlichen Problemen stand: Vom Hopfen gab es zu viel, und Überschüsse mussten exportiert werden, von der Gerste gab es zu wenig, und ein Teil davon musste importiert werden. Deshalb verfügte die Hauptvereinigung beim Hopfen ab 1937, dass Neuanlagen oder Erweiterungen verboten waren, und ordnete in einigen Fällen an, dass Hopfenflächen zu roden seien. Im Jahr darauf verschärfte sie den Ton. Nunmehr mussten Genehmigungen eingeholt werden, um die bisherigen Anbauflächen weiter zu nutzen, und die Brauereien brauchten ebensolche Genehmigungen, damit sie Hopfen beziehen durften. Wie häufig bei solchen Maßnahmen wurden Ausnahmen zugestanden, wenn es etwa hieß, „wohlerworbene Rechte“ sollten „auch künftig unangetastet bleiben“. Die Erfolge waren mäßig, denn obwohl die Ausstoßmengen der Brauereien stiegen, blieben die Anbauflächen für Hopfen nach wie vor zu groß, so dass die HVdB zu zusätzlichen Maßnahmen griff. Im Dezember 1940 verlangte sie, die Brauereien müssten zusätzlich 15 Prozent ihres Jahresbedarfs abnehmen, außerdem zahlte sie Hopfenbauern nun Prämien dafür, wenn Anbauflächen gerodet wurden.¹⁷

Bei der Braugerste bestand das umgekehrte Problem. Hier sah sich die HVdB genötigt, den Verbrauch zu beschränken, oder, in ihren Worten, die „Jagd nach dem Hektoliter“ zu zügeln. Das bevorzugte Mittel dabei war die Kontingentierung, für die im Einzelnen die regionalen Brauwirtschaftsverbände verantwortlich waren. Deren Praxis schilderte der Kölner Brauer Hans Sion für den westdeutschen Brauwirtschaftsverband später so: „Der Leiter war ein Dr. Eckhardt. Er hatte sein Büro am Hansaring und da ging es zu, wie beim ‚Führer‘ in der Reichskanzlei. Er hatte seinen Schreibtisch etwas erhöht stehen, so dass jeder, der hereinkam, schon einmal direkt zu ihm aufsehen musste... Für die Zuteilung von Rohstoffen musste man richtig ‚antichambrieren‘ und ‚schön Wetter machen‘. Denn ohne die Zuteilung von Hopfen und Malz konnte man kein Bier brauen.“¹⁸

17 Zur Hopfenbewirtschaftung: Zitat bei *Stefan Wirth* (2004): Vor sechzig Jahren und einem Kondratieff (4). Zur deutschen Braubranche 1938, in: Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens, Jahrbuch 2004, S. 268-335, hier S. 283; *Wirth* (2002), a.a.O., S. 105f; *Stefan Wirth* (2011): Vor sechzig Jahren und einem Kondratieff (6). Zur deutschen Braubranche Sept. 1939 bis Dezember 1940, in: Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens, Jahrbuch 2011, S. 193-279, hier S. 217f; *BArch*, R 17-VIII, Nr. 8.

18 Zur Braugerste: Zitat Hans Sion bei *Franz Ludwig Mathar* (o.J.): Interview mit Hans Sion, www.koelner-brauerei-verband.de/historie/der-zweite-weltkrieg-und-die-zerstoerung-koelns-1940-1945.html (Zugriff 2.7.2018).

Außerdem setzte der Reichsnährstand 1938 durch, dass die Brauereien eine spezielle Abgabe zur Unterstützung der Roggenwirtschaft zu zahlen hatten, die nach den Bezugsscheinen für Gerste und Malz berechnet wurden. Die Brauereien hofften, dass diese Belastung einmalig bleiben würde, sie wurde aber Jahr für Jahr aufs Neue erhoben und damit für viele kleinere Brauereien existenzgefährdend, so dass 1941 beschlossen wurde, eine Schiedsstelle für die Stundung, Ermäßigung oder Niederschlagung der Roggenunterstützung (etwa bei „unbilligen Härten“) einzurichten. Kurz darauf wurde die Pflichtabgabe jedoch bereits wieder gestrichen.¹⁹

Um die in der Branche vielfach beklagten „Auswüchse der Konkurrenz“ zu beseitigen, sollte die HVdB außerdem auf dem Markt der Großhändler und der Brauereien ordnend eingreifen. Eine erste Maßnahme dazu war, dass Brauer und Biergroßhändler zumindest neuen Kunden keine Kredite mehr gewähren durften, was von vielen Besitzern kleinerer Brauereien, die dabei oft nicht mithalten konnten, begrüßt wurde. Einer von ihnen schrieb 1936, dass „die Organisation der Marktordnung für das Braugewerbe es nun auch unserem Klein- und Mittelgewerbe ermöglicht, wenn auch in harter und zäher Arbeit, so doch langsam, aber sicher wieder Fuß zu fassen und seine Grundlage zu befestigen.“ Dazu kam, dass Neueinsteiger, seien es Großhändler, seien es Brauereien, kaum Chancen hatten, einen neuen Betrieb zu eröffnen. Aber wieder gab es Ausnahmen. So mahnte das Wirtschaftsministerium in einem Rundschreiben von 1937, „unter wehr- und sozialpolitischer Ausrichtung“ sollte die Schankerlaubnis für Kantinen, auf Sportplätzen, in Motorschulen des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps oder in früheren Gewerkschaftshäusern „wohlwollend“ geprüft werden. Das Institut für Konjunkturforschung resümierte 1936: „Im ganzen geht die Wirtschaftspolitik in bezug auf das Braugewerbe ziemlich stark in der Richtung des Schutzes der vorhandenen Produktions- und Absatzlage.“²⁰

Diese Linie setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. Wenn Anträge auf neue Produktions- oder Handelsbetriebe gestellt wurden, lehnte die HVdB diese mit dem Hinweis auf die „Überbesetzung des Marktes“ fast immer ab und ließ dabei weder persönliche Notlagen – wie die Notwendigkeit, acht Kinder zu versorgen – noch besondere Verdienste um die NSDAP gelten. So wies ein Antragsteller, der 1940 einen Biergroßhandel aufmachen wollte, darauf hin, dass

19 Wirth (2002), a.a.O., S. 107ff, 136; Wirth (2014): Vor dreiundsiebzig Jahren und einem Kondratieff (7). Zur deutschen Braubranche 1941, in: Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens, Jahrbuch 2014, S. 36-111, hier S. 61f; *BArch*, R 13/XXVII, 18, Sitzung des Arbeitsausschusses der HVdB am 22.6.1942.

20 Zu Maßnahmen der Marktordnung: Zitat des Kleinbrauers bei *Butzmann* (1938), a.a.O. S. 135; Zitat des Rundschreibens bei Wirth (2002), a.a.O., S. 113; *Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung* (1936), Nr. 42: Bierverbrauch und Brauereien, S. 167-170, hier S. 170.

er seit 1931 Mitglied der Partei war und „die Belange derselben restlos vertreten und sich besonders in der Kampfzeit unter Hintansetzung persönlicher und wirtschaftlicher Belange als Kämpfer für Adolf Hitler erwiesen hat. Dass er in seiner damaligen Eigenschaft als Geschäftsführer einer Flaschenbieregroßhandlung vor der Machtübernahme von Gegnern des Nationalsozialismus boykottiert wurde, sei besonders festgestellt.“ All dies stieß bei der HVdB auf taube Ohren und, um die Ablehnung zu begründen, listete man in diesem wie in anderen Fällen akribisch auf, wie viele Betriebe es zu dieser Zeit in der Gegend immer noch gab: „In der Kreisbauernschaft Stollberg sind 25 Biergroßverteiler und 6 Brauereien, in der benachbarten Kreisbauernschaft Chemnitz 52 Verteilerbetriebe und 7 Brauereien, dann in dem 10 km entfernten Chemnitz allein 27 Biergroßverteiler, 3 Brauereien und 4 Brauereiniederlagen.“²¹

Ab 1940 sollten Betriebe im Handwerk und im Einzelhandel stillgelegt werden, um Arbeitskräfte für die Wehrmacht freizusetzen, außerdem sollte auf diese Art die Produktion rationalisiert, also auf produktivere Betriebe konzentriert werden. Gleichzeitig beschloss das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine „Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft“, d.h. Beihilfen für die Besitzer stillgelegter Betriebe, damit sie weiterhin instandgehalten und später reaktiviert werden konnten. In Briefen an die HVdB und an die Wirtschaftsgruppe bis zum Herbst 1944 wurde allerdings berichtet, dass insgesamt nur wenige Betriebe stillgelegt wurden und es auch kaum Anträge zu Beihilfen gegeben habe, was damit erklärt wurde, dass vor allem kleinere Brauereien Schwierigkeiten hatten, mit den komplizierten Formularen zurecht zu kommen. Viele Maßnahmen und Anordnungen der HVdB liefen also ins Leere oder wurden in ihrer Wirkung durch zahlreiche Ausnahmen abgeschwächt.²²

21 *BArch*, R 17-VIII, Nr. 62, Nr. 81-85, Beschwerdeausschuss.

22 Zu Stilllegungen *BArch*, R 17-VIII, Nr. 2.

Die umstrittene Stammwürze

Abb. 8: Die Bockbierzeit hat begonnen. In den großen Brauereien hat man jetzt mit dem Ausstoß des Bockbiers begonnen. Die Bierkutscher freuen sich besonders, wie man auf unserem Bild sieht. Berlin, Dezember 1936 (Originaltitel)

Quelle: Bundesarchiv-Bildarchiv, Nr. 183-S23850, Fotograf o.A.

Das Terrain jedoch, auf dem die HVdB am allerwenigsten die Ansprüche des Nährstandes und anderer höherer Instanzen durchsetzen konnte, war die Bierqualität. Während sie den Verbrauch der Brauereien an Hopfen und Malz zugunsten anderer Verwendungen niedrig halten wollten, verfolgten die Wirtschaftsgruppe und die Brauereien das Ziel, die bisher üblichen Werte beim Stammwürzegehalt beizubehalten – es ging dabei um die Menge an vergärbarem Malz- und Hopfenextrakt in der Würze, die sich auch auf den Alkoholgehalt auswirkt – und sie waren damit bis in die ersten Kriegsjahre hinein erfolgreich. Als der Reichsfinanzminister 1937 für bestimmte Regionen die Verwendung eines neuen Hopfenextraktes freigab, schrieb der WGB-Vorsitzende Dr. Röhm in der Tageszeitung für Brauerei: „Die vorliegenden Beurteilungen der Qualität des mit Hopfenextrakt gebrauten Bieres sind ganz überwiegend ungünstig ausgefallen. Der deutsche Biertrinker macht keine Konzessionen!“. Immer wieder kam es zu Gerüchten, es solle ein „Einheitsbier, ähnlich wie in der Kriegszeit“ vorgeschrieben werden, was von der Hauptvereinigung zwar zurückgewiesen wurde, doch verbot sie im Februar 1938 die Herstellung von Starkbier, also Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 16 Prozent. Bereits im Mai wurde der Erlass allerdings ohne Begründung wieder zurückgenommen. Ein zeitgenössischer Beobachter stellte damals fest: „Auch in den einfachsten Wirtschaften werden nur die gehaltvollen Qualitätsbiere ausgeschenkt“. Im folgenden Jahr ordnete die HVdB an, ab Dezember dürfe kein Bier mit unter 9 und über 10,3 Prozent Stammwürze in Verkehr gebracht werden, aber diese Vorschrift wurde kurz darauf wieder aufgeweicht: „Spezialbiere“ mit mindestens 10 Prozent seien gestattet, „wenn das Bier mit Rücksicht auf seine Eigenart und besondere Güte diese Kennzeichnung rechtfertigt.“ Das Braugewerbe hatte sich entschieden für die bisherigen Qualitätsstandards ausgesprochen, und zwar mit dem Argument, man müsse „hochwertige Hefestämme“ erhalten. Tatsächlich meldeten mehrere Brauereien für das Geschäftsjahr 1939 besonders starke Zuwächse bei Spezialbier, so etwa die Brauerei Engelhardt beim neuen *Charlottenburger Pilsner*. Auch Bockbier – ein Bier mit hohem Stammwürzegehalt – konnte seine Position auf dem Biermarkt lange Zeit behaupten.²³

Der nächste Vorstoß erfolgte 1940 durch das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP, das darauf hinwies, dass immer mehr Malzkaffee (als Ersatz für Bohnenkaffee) verbraucht und daher Gerste knapp würde, deshalb sei es an der Zeit, „alkoholfreie bierähnliche Getränke“, die „Leichtbier“ heißen sollten, auf den Markt zu bringen. Dazu wurden Forschungsarbeiten und Versuche angestellt, doch nach Ansicht der Prüfer schmeckten die Biere „reichlich leer“ oder

23 Zur Bierqualität: Zitat Dr. Röhm bei *Wirth* (2002), a.a.O., S. 106; zu Stellungnahmen der HVdB *Wirth* (2011), a.a.O., S. 199ff; Zitat des Zeitgenossen bei *Wirth* (2004), a.a.O., S. 273.

auch „mehr weinig, esterartig als bierähnlich“, so dass man zu dem Schluss kam: „Ohne Alkohol kein Geschmack“. Zwar gab es im Juni dieses Jahres einen Erlass, mit dem Senkungen des Stammwürzegehalts verlangt wurden, aber für zwei bayerische Wehrkreise galten Ausnahmen und Lagerbier blieb dort in der bisherigen Qualität gestattet – ab August 1940 galt dies sogar wieder allgemein. Im Frühjahr 1941 setzte die Diskussion um das Leichtbier abermals ein, diesmal angestoßen durch das Amt für Reichsgesundheitsführung, doch wie bisher waren die Reaktionen der Brauereien reserviert. So merkte etwa ein Vertreter der Brauerei Schöfflerhof-Binding an, eine derartige Novität sei „nur aus echten Volksbedürfnissen heraus“ sinnvoll, überdies seien die Forschungsarbeiten dazu noch nicht weit genug gediehen, und wenn man auch Verständnis für die verringerten Malzzuteilungen habe, so sei der Zeitpunkt für die Einführung des Leichtbieres doch besonders ungünstig.²⁴ Anstelle des Leichtbieres, das sich nicht durchsetzen ließ, versuchte es die HVdB Anfang April 1941 mit einem geheimen „Appell“ und kündigte ein Rahmenkontingent an Braumalz an. Im Appell hieß es: „Das vorläufige Festhalten an der Stammwürze entspricht den Erfahrungen und dem Grundsatz der Aufrechterhaltung des Qualitätsprinzips und damit des Rufes des deutschen Bieres.“ Eineinhalb Jahre nach Kriegsbeginn galt es also auch der HVdB, trotz aller dekretierten Einschränkungen, den „Ruf des deutschen Bieres“ nach wie vor hoch zu halten.²⁵

Alles in allem blieb die Bierqualität im Großen und Ganzen lange Zeit unverändert. Der durchschnittliche Malzverbrauch lag zwischen 1928/29 und 1938/39 stets bei rd. 18 kg je Hektoliter Ausstoß, ab 1940/41 sank dieser Wert allmählich, aber erst ab 1942/43 sehr viel stärker.²⁶

Im Gegensatz zu der ihr zugeschriebenen umfassenden Aufgabe der Marktordnung erwies sich die HVdB in der Praxis vor allem als Übermittlungsinstanz der Anforderungen, die von den Ministerien und von der Behörde für den Vierjahresplan kamen, insbesondere bei der Kontingentierung der Rohstoffe (damit bei der Gerste genug davon für die sonstige Versorgung der Zivilbevölkerung und des Militärs übrig blieb) und bei den Preisen (die stabil bleiben sollten).

24 Erlass der HVdB 1940 bei *Wirth* (2011), a.a.O., S. 214; Zitat von Schöfflerhof-Binding bei *Wirth* (2014), a.a.O., S. 46.

25 Zitate des Hauptamts für Volksgesundheit bei *Wirth* (2011), a.a.O., S. 250; Erlass der HVdB 1940 bei *Wirth* (2011), a.a.O., S. 214; Zitat von Schöfflerhof-Binding bei *Wirth* (2014), a.a.O., S. 46.

26 Zur Entwicklung des Stammwürzegehalts: *Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets* (Hg.) (1949): Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944, München, S. 333.

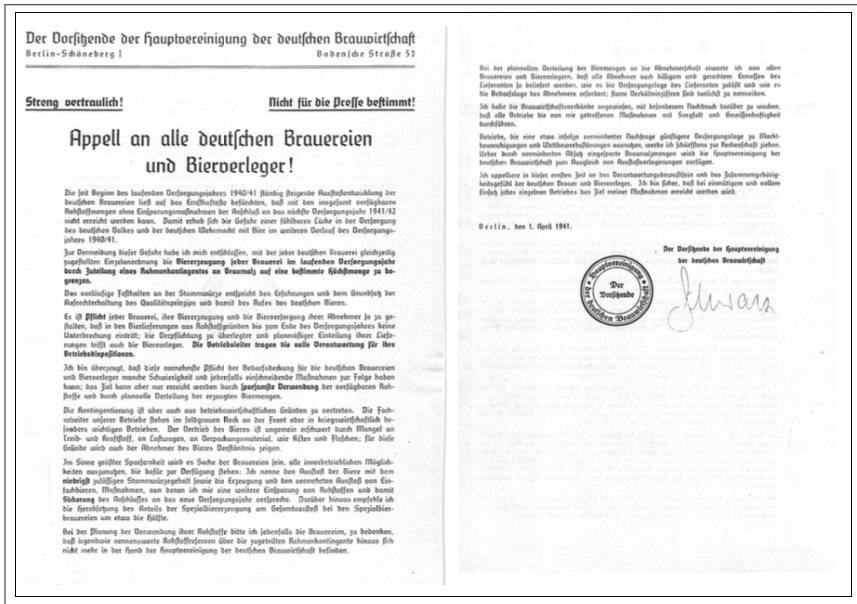


Abb. 9: HVdB: „Appell an alle deutschen Brauereien und Bierverleger!“, 1.4.1941

Quelle: Bundesarchiv, R 17-VIII, Nr. 3

Auf den ersten Blick konnte es zwar so aussehen, als sei die Hauptvereinigung gegenüber der Wirtschaftsgruppe in der stärkeren Position gewesen. So musste die WGB etwa, als sie ihre Sommertagung 1938 – kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs – in Wien abhalten wollte, diese kurzerhand verschieben, weil die HVdB just zu dieser Zeit ebenfalls in Wien tagen wollte. Doch faktisch war es die Wirtschaftsgruppe, die bei den Konflikten mit der Hauptvereinigung, insbesondere wenn es um den Ausstoß der Brauereien und die Stammwürze ging, am längeren Hebel saß. Auch die HVdB sah sich allerdings, wie bereits zu sehen war, fallweise veranlasst, die Qualität des „deutschen Bieres“ zu verteidigen. So behielt sie bis mindestens 1943 einen Poststempel bei, der – ebenso wie die ein-

gangs abgebildete Postkarte – die „Kraft der deutschen Erde“ im Bier pries, somit indirekt zum Konsum aufrief, und dies selbst im fünften Kriegsjahr.²⁷

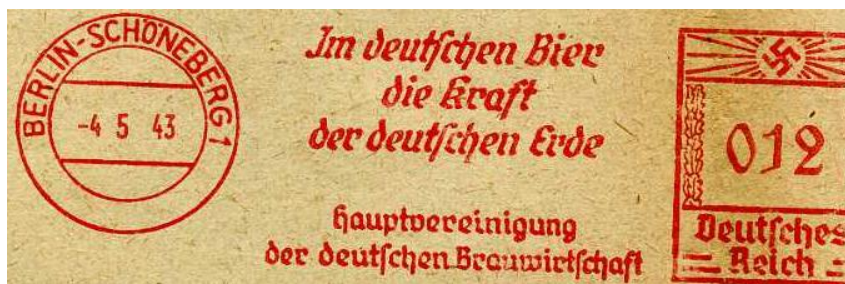


Abb. 10: Poststempel der HVdB

Quelle: Aus der Sammlung von Dipl.-Math. Werner Pohl

Welche Gruppierung setzte sich durch? Und warum?

In zahlreichen Briefen an die HVdB klagte der WGB-Vorsitzende Dr. Röhme darüber, dass deren Vorschriften für die Brauwirtschaft insgesamt oder speziell für die bayerische Brauwirtschaft undurchführbar seien und wandte sich dazu auch an die ihm vorgesetzte Reichsgruppe Industrie sowie an das Wirtschaftsministerium. Er beschwerte sich unter anderem darüber, dass die Hauptvereinigung die Rohstoffkontingente willkürlich zuteile und Großbetriebe bevorzuge. Ein anderer Mitarbeiter der Wirtschaftsgruppe stellte 1937 fest, die HVdB würde derzeit an drei verschiedenen Fronten Auseinandersetzungen führen, „einmal gegenüber der Wirtschaftsgruppe, sodann gegenüber den Landesbauernführern, die im Begriff sind, die Brauwirtschaftsverbände zu sich hinüberzuziehen, und endlich gegenüber dem Gastwirtsgewerbe, das sich in einem erbitterten Kampf gegen die HVdB, insbesondere gegen die Herren Immendorf und Eckhardt, befindet.“ Es kam zu Gesprächen zwischen der Hauptvereinigung und der Wirtschaftsgruppe, die jedoch offenbar keinerlei Klärung brachten, denn in einem Brief vom September 1937 schrieb der HVdB-Vorsitzende Immendorf, durch „ständig vorgebrachte Bedenken“ der Wirtschaftsgruppe fühle er seine „persön-

27 Zu den Sommertagungen 1938: Stefan Wirth (2004): Vor sechzig Jahren und einem Kondratieff (4). Zur deutschen Braubranche 1938, in: Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens, Jahrbuch 2004, S. 268-335, hier S. 279.

liche Ehre“ angegriffen. Umgekehrt hielt die Wirtschaftsgruppe drei Jahre später in einem Memorandum vom Juli 1940 fest: „Im Braugewerbe herrscht eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der HVdB, die bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck kommt und die im Kriege noch eine erhebliche Steigerung erfahren hat.“²⁸

Wenn sich die Wirtschaftsgruppe als Vertreterin der Brauwirtschaft mit ihren Wünschen nach steigendem Ausstoß und gleichbleibender Qualität im Großen und Ganzen durchsetzen konnte, musste sie Verbündete auf höheren Ebenen haben. Das führt zu der Frage, wie die nationalsozialistische Führung zu Fragen des Alkohols und des Bierkonsums stand. Die Positionen waren dabei weder feststehend noch einheitlich. Als in den 1920er Jahren im Reichstag hohe Gemeindesteuern als Mittel zur Bekämpfung von Alkoholismus diskutiert wurden, war es die Fraktion der Nationalsozialisten, die diejenigen, die hier Einschränkungen und Verbote forderten, als „Muckerbande“ und „Selterswassermehrheit“ diffamierte. Aber um die gleiche Zeit versprach Hitler im *Völkischen Beobachter*, wenn es den Deutschen gelänge, das Gift des Alkoholismus zu bekämpfen, dann könnten sie auch andere Teile der Welt beherrschen. Und als der *Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke* 1933 sein fünfzigjähriges Bestehen feierte, nahmen zahlreiche prominente Nationalsozialisten und Rassehygieniker am Jubiläum teil. Als wiederum Hitler am 14. September 1935 auf dem Nürnberger Parteitag vor der versammelten Hitler-Jugend sprach, kam er auf seine später vielzitierte Wunschvorstellung der zukünftigen männlichen Jugendlichen zu sprechen, die „flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“ sein und ein Gegenbild zum „Bierspießer“ darstellen sollten: „Das Ideal des Mannes auch in unserem Volk ist nicht immer gleich gesehen worden. Es gab Zeiten, sie liegen scheinbar weit zurück und sind uns fast unverständlich, da galt als Ideal des jungen deutschen Menschen der sogenannte bier- und trinkfeste Bursche. Heute, da sehen wir mit Freude nicht mehr den bier- und trinkfesten, sondern den wetterfesten jungen Mann, den harten jungen Mann... Wir sehen heute nicht mehr im damaligen Bierspießer das Ideal des deutschen Volkes, sondern in Männern und Mädchen, die kerngesund sind, die straff sind.“²⁹

28 Zu den Differenzen zwischen HVdB und WG: *BayHStA*, V, 1.2.3.2 Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft, 260 – Eingabe von Dr. Röhm an den Reichswirtschaftsminister, 5. 8. 1938; ebd., 257 – Brief eines WG-Mitarbeiters zur Zusammenarbeit mit der HVdB, 30.9.1937; Brief von Immendorf, 15.9.1937; ebd., 260 – Memorandum vom 15.7.1940, Zitat S. 16 (*BayHStA* steht hier und im Folgenden für Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

29 Zu Nationalsozialismus und Alkohol: Zitat aus dem Reichstag bei *Claudius Torp* (2013): Besser als in Weimar? Spielräume des Konsums im Nationalsozialismus, in: Birthe Kundrus/Sybille Steinbacher (Hg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der

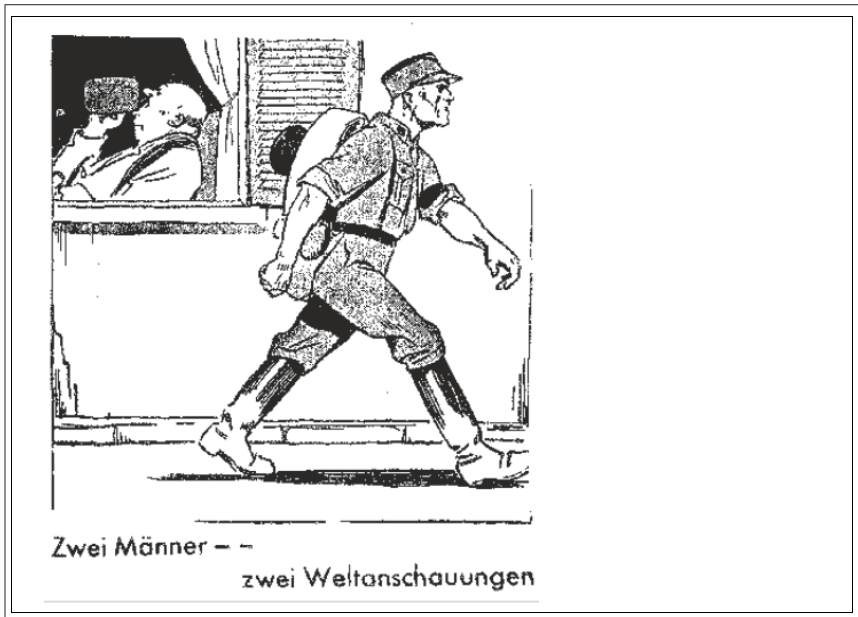


Abb. 11: Zeichnung aus der Zeitschrift *Reine Luft*

Quelle: *Reine Luft*, H. 21/1939, S. 13

In diesem Sinn veröffentlichte die Anti-Raucher-Zeitschrift *Reine Luft* unter dem Titel „Zwei Männer – zwei Weltanschauungen“ 1939 eine Zeichnung, in welcher eines dieser „kerngesunden“ Braunhemden energisch dem Fronteinsatz entgegen marschierte, während der wohlbeleibte deutsche „Bierspießer“ hinter dem offenen Wirtshausfenster den Maßkrug schwang. Demgegenüber gab es in der Vorkriegszeit außer den Beschränkungen, die der Reichsnährstand den Brauereien beim Bezug von Braugerste auferlegte, keine Versuche von Ministerien, den Bierverbrauch einzuschränken. Dieser wurde im Gegenteil gefördert: Als die Kaufkraft ab 1934 durch die zunehmende Beschäftigung anstieg, erhöhte der Preiskommissar den Bierpreis nicht, sondern setzte ihn herab. In den 1920er Jahren war Bier durch hohe Verbrauchssteuern wesentlich teurer als vor

Geschichte des 20. Jahrhunderts, Göttingen, S. 73-93, hier S. 89; zu Hitler im *Völkischen Beobachter*: Robert R. Proctor (1999): *The Nazi War on Cancer*, Princeton, S. 143; Zitat von Hitler auf dem Reichsparteitag von 1935 bei Max Domarus (1962): *Hitler – Reden und Proklamationen 1932-1945*, I. Band, Würzburg, S. 532-533.

dem Ersten Weltkrieg geworden. Damals hatte ein Liter Bier rd. 37 Pfennig gekostet, 1931 aber 88 Pfennig. Mit 75 Pfennig pro Liter war Bier im Jahr 1938 deutlich billiger.³⁰

Dahinter stand offenbar die Sorge um die Stimmung in der Bevölkerung. Da es keine freie Presse mehr gab, die darüber Aufschluss geben konnte, versuchte das Regime diese vor allem mit Hilfe der geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS zu erfassen. So sollten die Berichtersteller im Dezember 1939 herausfinden, welche Konsumgüter in den Augen der Bevölkerung auch im Krieg als unentbehrlich galten. Dazu gehörte nach der Liste der *Meldungen aus dem Reich* das Bier, das als „Nahrungsmittel“, und nicht als entbehrlicher Luxus gesehen wurde. In Bayern soll diese Vorstellung noch sehr viel ausgeprägter gewesen sein. Hier war es der Ministerpräsident Ludwig Siebert, der im April 1940 in einem Brief an den Reichsernährungsminister gegen die geplante Herabsetzung der Stammwürze protestierte und darauf verwies, dass in Bayern Bier als „Haupternährungsfaktor“ galt.³¹

In den *Meldungen* vom Juni 1941 wurde berichtet, es sei mancherorts eine unzureichende Versorgung mit Bier festzustellen, und es mache sich „in vielen Gebieten eine allgemeine Verstimmung in der Bevölkerung bemerkbar, da die breite Masse heute ‚ihr Bier‘ als unentbehrlich sehe und verlange... Insbesondere wurde von der süddeutschen Bevölkerung betont, dass das Bier dort Volksgetränk und nicht Genussmittel sei. So sei es etwa in Franken und Bayern üblich, dass dort der Arbeiter zum Vespere und zum Mittagessen seine Flasche Bier trinke. Seitens der Industrie werde darauf hingewiesen, dass die Kürzung der Kontingente für die Fabrikantinnen sich nicht nur stimmungsmäßig, sondern auch arbeitsmäßig auswirken müsse. Besonders die Metallindustrie, die verhältnismäßig viel Hitze- und Staubarbeiter beschäftige, könnte diese Kürzungen kaum hinnehmen. Wie eine Meldung aus Nürnberg besagt, hätten die Arbeiter, die beim Bau eines öffentlichen Luftschutzkellers beschäftigt sind, ernstlich gedroht, die Arbeit niederzulegen, falls man ihnen die verlangten Biermengen nicht geben würde. Ebenso hätte in einem dortigen Rüstungswerk die Gefolgschaft erklärt, keine Überstunden mehr leisten zu wollen, falls die Bierlieferungen in dem beschränkten Umfange bestehen bleiben würden.“ Derartige Berichte kamen aus Bayern sowie aus Aachen, Dessau, Münster, Braunschweig, Potsdam und Neustettin. Auf Drängen des bayerischen Ministerpräsidenten äußerte sich schließlich der „Führer“ höchstpersönlich zur „Bierfrage“. Bei einer

30 *Walther G. Hoffmann* (1965): *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin-Heidelberg-New York, S. 590, 654ff.

31 *Meldungen von 1939: Heinz Boberach* (Hg.) (1968): *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten der SS 1939-1944*, München, Bd. 1, S. 112, 272; zum bayerischen Ministerpräsidenten *Buchheim/Buchheim* (2008), a.a.O., S. 149.

Besprechung von höheren Ministerialbeamten im Juni 1941 ließ er über den Reichsleiter Martin Bormann ausrichten, „daß auf jeden Fall für die Bereitstellung der nötigen Biermengen gesorgt werden müsse. Er wünscht für Bayern nach Möglichkeit eine zusätzliche Malzmenge, ist aber im Hinblick auf die Gerstenversorgung auch mit einer Herabsetzung des Stammwürzegehalts unter 9% einverstanden.“ In derselben Besprechung vertrat der bayerische Gauleiter Wagner allerdings den Standpunkt, ein „Abgehen vom 9%igen Bier sei untragbar, da Bier mit 7-8% kein Bier mehr sei.“³²

Die Bevölkerung mit Hilfe des Gerstensaftes einigermaßen bei Laune zu halten schien Hitler und Goebbels letztlich wichtiger als die Pflege des „gesunden arischen Volkskörpers“ oder die Einwände des Reichsernährungsministers.

Doch nicht nur die Wirtschaftsgruppe stellte sich den restriktiven Bemühungen der HVdB häufig in die Quere – ihre Anweisungen wurden oftmals auch auf der regionalen Ebene konterkariert, und zwar von Gauleitern, denen am Wohlergehen der regionalen Betriebe wie an der Loyalität der Bevölkerung lag, und die Anordnungen wie etwa diejenige von Betriebsschließungen sabotierten. So hob der bayerische Gauleiter Wagner 1941 den Beschluss der HVdB, wonach die Stammwürze als „Kriegsmaßnahme“ auf unter 9 Prozent zu senken sei, kurzerhand auf und verfügte, für Bayern hätten weiterhin höhere Werte zu gelten.³³

Wie der Reichsnährstand insgesamt verlor auch die Hauptvereinigung im Lauf der Jahre an Einfluss und entwickelte sich zu einer Organisation, die vor allem riesige Papiermengen produzierte. Im Rahmen des Vierjahresplanes führte sie umfangreiche Statistiken aller Art, unter anderem etwa über die Preisbildung, die Verteilerspannen und Nebenprodukte selbst von *Futtermitteln* – denn diese wurden für die immer noch zahlreichen von Pferden gezogenen Brauereiwagen benötigt. Außerdem sollte die HVdB Bezugsscheine für Rohstoffe verteilen, so etwa an die Handelsmälzereien je nach Betriebsgröße solche für Braugerste. 1937 ergab sich das Problem, dass wegen Papiermangels zu wenig Bezugsscheine verteilt und nicht alle Anträge bearbeitet werden konnten. Aus der Verwaltung wurde berichtet, man habe im August „ca. 400.000 Stück Bezugsscheine ausgegeben, die einzeln gestempelt und gezählt werden mussten.“ Diese gewaltige Zahl ist dadurch zu erklären, dass bei dem damaligen Malzver-

32 *Meldungen* von 1941: Heinz Boberach (Hg.) (1984): *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 7, Herrsching, S. 2393; Zitate aus dem Protokoll der Besprechung vom 19.6.1941 in BayHStA, MHIG 6427, S. 1 und 2.

33 Zu Eigenmächtigkeiten der Gauleiter: *BArch*, 17-VIII, Nr. 2, Beschwerdeausschuß – Urteile des Schiedsgerichts von 1941.

brauch der Brauereien und Hausbrauer von insgesamt rd. 700.000 Tonnen jeder Verarbeiter selbst für kleinere Mengen mehrere Anträge stellen musste.³⁴

Nach einem Erlass des „Führers“ vom Januar 1942 sollte die HVdB, wie andere Organisationen auch, Maßnahmen ergreifen, um die Verwaltung zu vereinfachen. In dieser Hinsicht geschah offenbar nichts, aber im Juni 1942 gab die Hauptvereinigung bekannt, Besuche von Mitgliedsbetrieben hätten in Zukunft zu unterbleiben, weil man angesichts der „kriegswirtschaftlich bedingten Aufgaben“ ohnehin überlastet sei. Man habe nun (mit den besetzten Ländern) ein größeres Gebiet zu betreuen, es gebe zahlreiche unterschiedliche Regelungen und man habe weniger Personal als früher, um das alles zu erledigen. Tatsächlich arbeiteten in der Badenschen Straße zu Kriegsbeginn 303 „Gefolgschaftsmitglieder“, inzwischen jedoch nur noch 134. Zwei Jahre später sah sich die HVdB gleichwohl Vorhaltungen der Parteikanzlei gegenüber, allein mit der Bewirtschaftung des Hopfens seien bei ihr zwölf verschiedene Verwaltungsstellen beschäftigt. Dagegen verwahrte sie sich in einem Brief vom Oktober 1944 an den Reichsbauernführer. Man verkenne wohl die „Bedeutung des Hopfenanbaus“, der „wegen seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung höchsten Rang“ einnehme. Mit der HVdB direkt oder indirekt verbunden seien lediglich: die Hopfenstelle Berlin, die Reichsfachschaft der Hopfenkaufleute, der Reichsverband Deutscher Hopfenpflanzer, die Deutsche Hopfenverkehrsgesellschaft, die Ausfuhrsgesellschaft der deutschen Brauwirtschaft und das Mitteleuropäische Hopfenbüro. Andere, wie die Prüfungsstelle Ernährungswirtschaft, die Gesellschaft für Hopfenforschung, der Agrarausschuss der Wirtschaftsgruppe Brauerei oder die Prüfungsstelle Ernährungswirtschaft seien dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt. Eine „radikale Vereinfachung“ sei daher nicht möglich, sondern würde nur zu den „größten Schwierigkeiten“ führen. Auch Ende 1944 bestand innerhalb des Reichsnährstandes demnach ein ausufernder und durch keinerlei Maßnahmen einzudämmender bürokratischer Wildwuchs, der sich für die Mitgliedsbetriebe darin äußerte, dass bei Genehmigungen aller Art eine Fülle von Organisationen einzubeziehen und eine Unzahl von Formularen auszufüllen waren.³⁵

Im Mai 1944 verließ die HVdB Berlin und verlegte ihren Sitz nach Weifenfels/Saale, wo sie die Adresse Adolf-Hitler-Str. 1 hatte. Im Dezember wurde eine Adresse in Celle genannt. Sie verfolgte dort nach wie vor ihre Routineaufgaben konsequent bis in die ersten Monate des Jahres 1945. In einer Zeit, in der die US-Armee die Brücke von Remagen erobert und den Rhein überschritten,

34 Zur ausufernden Bürokratie der HVdB: *BArch*, R 17-VIII, Nr. 44, Tätigkeitsberichte der Abteilungen f. 1937; zum Malzverbrauch: *Länderrat* (1949), a.a.O., S. 333.

35 Zur Hopfenbewirtschaftung und zur Zahl der Beschäftigten: *BArch*, R 17-VIII, Nr. 3, Handakten Dr. Metzger.

die Rote Armee Budapest besetzt und im Norden Küstrin erreicht hatte, korrespondierte die HVdB im März immer noch mit einem Hopfengroßhändler in Bamberg, der sich an sie wandte, um sich zu beschweren, dass mehrere Brauereien mit ihren Zahlungen in Verzug seien. Ebenfalls im März wurden einer Brauerei in Rostock, die um Gemeinschaftshilfe ansuchte, die notwendigen Formblätter übersandt und Anfang April setzte sich die HVdB mit der Berliner Engelhardt-Brauerei brieflich darüber auseinander, ob es besonderer Regelungen bedürfe für den Fall, dass aufgrund der Transportlage bestellter Hopfen nicht ausgeliefert werden konnte. Die Hauptgemeinschaft verneinte das und kündigte an, sie würde „unter Umständen in absehbarer Zeit“ in der Lage sein, Brauereien den Zugang zu den nicht verladenen Hopfenmengen zu ermöglichen.³⁶

Auch in dieser Zeit wurde noch Bier produziert, wenngleich seit Kriegsbeginn von Jahr zu Jahr sehr viel weniger. Trotz aller Bemühungen der HVdB, den Biermarkt zugunsten anderer landwirtschaftlicher Produkte einzugrenzen, blieb der Bierverbrauch nicht nur in der Vorkriegszeit, sondern selbst noch in den ersten Kriegsjahren erheblich. Was aus dem Land der Biertrinker in der Periode ab 1933 wurde, ist im Folgenden zu besichtigen.

36 Zur Arbeit der HVdB ab 1944: *BArch*, R 17-VIII, Nr. 2 und Nr. 4.

3. Ein Volksgetränk und seine Produzenten

Das Oktoberfest 1935 und das Bier in den Vorkriegsjahren



Abb. 12: Theresienwiese, München, Oktober 1935 (1)

Quelle: Bayer. Staatsbibliothek München-Bildarchiv, hoff-11619, Fotograf Heinrich Hoffmann



Abb. 13 : Theresienwiese, München, Oktober 1935 (2)

Quelle: Bayer. Staatsbibliothek München-Bildarchiv, hoff-11664, Fotograf Heinrich Hoffmann

Im Jahr 1935 wurde das 125-jährige Jubiläum des Oktoberfestes begangen. Aus ganz Bayern trafen dazu 67 Sonderzüge ein, um Menschen in Feierlaune zu dem Großspektakel zu befördern. Unter dem Motto „Stolze Stadt – Fröhlich Land“ traten bei dem endlosen Festzug durch die Münchner Innenstadt nicht nur 10.000 bayerische Schützen, sondern auch zahllose Abordnungen der Bauern, der Handwerker und der Hitler-Jugend an. Angeführt wurde das Ganze durch die – wie es in der zeitgenössischen Presse hieß – „frischen Jungs von der SS“. Ebenso wenig fehlten Kapellen der SA, des Bundes Deutscher Mädel, des Arbeitsdienstes und des Reichsnährstandes. Auf der „Wiesn“ selbst wehten Hakenkreuzfahnen statt der bisher üblichen weiß-blauen Beflaggung, nur einige Girlanden in den Landesfarben wurden noch toleriert. Um als Freund des „arbeitenden Volkes“ dazustehen, hatten die Behörden schon 1933 den Preis für eine Maß Bier auf 90 Pfennig festgesetzt. Gleichzeitig wurde es Juden verboten, dort als Kellner zu arbeiten, und die Standlbesitzer priesen „echt deutschen Käse“ und „deutsches Obst“ an. Die Schausteller waren angewiesen, ihre Be-

lustigungen und Vergnügungen „in einem für die Volksseele gesunden Rahmen“ darzubieten.³⁷

Sämtliche Münchner Großbrauereien waren vertreten. Eine davon war die Löwenbrauerei, zu dieser Zeit drittgrößte deutsche Brauerei, deren Produkte in der Öffentlichkeit seit 1933 als „Judenbier“ diffamiert worden waren, weil der Aufsichtsrat mehrheitlich mit „Nicht-Ariern“ besetzt war und der Generaldirektor Hermann Schüle in nach nationalsozialistischen Kriterien als Jude galt. Unter dem Druck der NSDAP wurde der Aufsichtsrat umbesetzt und Schüle in, der weithin einen überragenden Ruf als Braufachmann hatte, auf die Position eines „einfachen“ Vorstandsmitglieds zurückgestuft. Just im Oktober 1935 wurde er mit seiner Familie jedoch endgültig zur Auswanderung gezwungen. Die Brauerei stellte nun ein „rein deutsches Unternehmen“ dar.³⁸

Unweit von München, gerade einmal 20 km entfernt, war bereits im März 1933 in Dachau das erste reguläre Konzentrationslager entstanden, in dem 1935 rund 1.800 Häftlinge dem Terror der SS-Mannschaften ausgesetzt waren. Es waren zu dieser Zeit vor allem frühere Funktionäre von SPD, KPD und der Bayerischen Volkspartei, neuerdings auch „Arbeitsscheue“, die dort in Baukommandos Schwerarbeit leisten mussten, unzureichend gepflegt wurden, und täglich willkürlichen Schikanen, Misshandlungen und Bestrafungen unterworfen wurden. Die Todesstrafe wurde immer wieder exekutiert. Zum Kontext des Oktoberfestes von 1935 gehört zudem, dass im Frühjahr dieses Jahres die Wehrpflicht wieder eingeführt, der Aufbau der Luftwaffe in Angriff genommen und die Reichsmarine in Kriegsmarine umbenannt worden waren. Die bisherige „Reichswehr“ hieß nun „Wehrmacht“, und Hitler kündigte an, dass sie – entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages – auf eine Stärke von 550.000 Mann aufgestockt werden sollte. Im September hatte der Reichstag das *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre* verabschiedet, das einen weiteren wichtigen Schritt zur Entrechtung der jüdischen Bevölkerung darstellte. Der Bierseligkeit auf der „Wiesn“ tat all dies keinen Abbruch.³⁹

Dass die Nationalsozialisten sich das Oktoberfest erfolgreich in ihrem Sinn aneigneten, erstaunt weniger als die Tatsache, dass es in all diesen Jahren überhaupt noch stattfand. Denn der hiermit organisierte massenhafte Bierkonsum

37 Zum Oktoberfest: Florian Nagy/Alexandra Stoffel/Tobias Lill (2007): Oktoberfest – Zwischen Tradition und Moderne, München, S. 28-31; Tobias Lill (2008): Braune Wiesn – Wie Hitler das Oktoberfest stahl, in: Spiegel-Online, 25.9., www.spiegel.de (Zugriff 23.3.2018).

38 Zur Löwenbrauerei: Wirth (2004), a.a.O., S. 301; Richard Winkler (2016): Ein Bier wie Bayern – Geschichte der Münchner Löwenbrauerei 1818-2003, Neustadt a.d. Aisch, S. 119-131.

39 Zum KZ Dachau: Stanislav Zámečník (2005): Dachau-Stammlager, in: Wolfgang Benz/ Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, München, S. 233-274.

stand auf den ersten Blick in deutlichem Widerspruch zum wichtigsten Vorhaben des Regimes – der umfassenden „Wehrhaftmachung“ des Landes, dass also möglichst viele Ressourcen in diese Richtung umgelenkt werden sollten, wozu eine weitgehende wirtschaftliche Autarkie anzustreben war. Gleichzeitig musste das Regime aber danach trachten, sich die Loyalität eines großen Teils der Bevölkerung zu sichern, wie dies bereits daran zu sehen war, dass die Berichte zur Stimmung in der Bevölkerung aufmerksam verfolgt wurden.

In späteren Studien zum Konsumniveau im Dritten Reich wurde häufig angenommen, das Regime sei vor der Alternative „Butter oder Kanonen“ gestanden, und manche zeitgenössischen Äußerungen legen dies nahe. So beschimpfte Goebbels die Kritiker von allzu geringen Fortschritten beim alltäglichen Konsum als „Schreihälse“ und „Spießer“, denen das Verständnis für das hohe Ziel der „Sicherheit der Nation“ fehle, und auf dem Berliner Gauparteitag von 1936 zeigte er sich davon überzeugt, dass jeder Deutsche das so sehe: „Und wenn man ihm heute sagte, dass er heute im ganzen Lande keine Butter mehr zu sehen bekäme, dann würde er sagen: Ob mit oder ohne Butter, damit werde ich fertig. Aber wir werden nicht fertig ohne Kanonen!“⁴⁰

Faktisch wurde ein anderer Weg eingeschlagen, um zu verschleiern, dass von dem mit der Aufrüstung verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung bei den meisten „Volksgenossen“ nicht sehr viel ankam. Die Politik drängte darauf, höherwertige durch minderwertige Lebensmittel zu ersetzen, und war bestrebt, die Importe landwirtschaftlicher Rohstoffe wegen des anhaltenden Devisenmangels zu reduzieren und an ihrer Stelle den Verbrauch von heimischen Erzeugnissen zu fördern. Die Konsumenten sollten auf Weißbrot, Fleisch, tierisches Fett und tropische Früchte verzichten und stattdessen zu Roggenbrot, Kartoffeln, Fisch, Äpfeln, Zucker und Marmelade greifen. Dies führte auch zu bizarren Substitutionsprozessen, indem etwa die bis dahin billigere Margarine (für deren Produktion importierte Rohstoffe gebraucht wurden) mit teurer Butter (die aus heimischer Milch hergestellt werden konnte) gestreckt wurde. Die Ernährung war also deutlich frugaler als in anderen entwickelten Ländern, und man versuchte, der Bevölkerung den gewünschten Verbrauch durch umfangreiche Kampagnen schmackhaft zu machen. So wurden Vollkornbrot, Fisch und Marmelade als „deutsche“ Ernährung propagiert, und der in vielen Familien früher übliche „Sonntagsbraten“ wurde ab 1936 durch den notorischen „Eintopfsonntag“ in den Hintergrund gedrängt. Gängige Losungen lauteten: „Eßt mehr Fisch!“, „Trockenbrot macht Wangen rot!“⁴¹

40 Zur Konsumpolitik und Zitat von Goebbels siehe *Corni/Gies* (1997), a.a.O., S. 359.

41 *Mark Spoerer/Jochen Streb* (2013): Guns and Butter – But No Margarine: The Impact of Nazi Economic Policies on German Food Consumption 1933-38, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, S. 75-88.

Doch auf die Propaganda allein konnten sich die Behörden nicht verlassen und so wurden die Preise zum wichtigsten Lenkungsinstrument. Sie stiegen von 1933 bis 1938 erheblich an für Margarine (+44 Prozent) und Butter (+35 Prozent), ebenso für Kalb- oder Lammfleisch (+40 bzw. +41 Prozent), dagegen sanken sie leicht für Brot und Brötchen (-2 Prozent). Bei vielen Lebensmitteln verschlechterte sich die Qualität, und so wurde etwa beim Fleisch vermehrt minderwertige Ware angeboten. Wallace Deuel, der von 1935 bis 1940 als Korrespondent von *The Chicago Daily News* in Berlin lebte, stellte in diesen Jahren Preiserhöhungen und Qualitätsverschlechterungen bei vielen Nahrungsmitteln fest und sprach von einem „Boom ohne Wohlstand“. Gleichzeitig beobachtete er aber auch, dass einige Güter jenseits des unmittelbar Notwendigen verstärkt nachgefragt wurden. Zwischen 1932 und 1936 gab es beim Wein einen Zuwachs des Verbrauchs um 66 Prozent, beim Schnaps um 67 Prozent und beim Bier (mit einem wesentlich höheren absoluten Ausgangsniveau) um 20 Prozent. Deuel fragte sich, wieso die Bevölkerung den alles in allem doch eher bescheidenen Lebensstandard akzeptierte und erklärte dies mit einer Politik von „Brot und Spielen“. Von den „Spielen“ gab es nicht allzu viele, immerhin aber die vielfältigen und rege besuchten Ferien- und Unterhaltungsangebote von *Kraft durch Freude*, einer Unterorganisation der Deutschen Arbeitsfront. Arbeiter und ihre Familien konnten nun erstmals in den Bayerischen Alpen Skifahren oder an der Ostseeküste baden und rund ums Jahr zu günstigen Preisen Konzerte, Opern, Operetten oder Theaterabende besuchen. Auch das Bier gehörte mit seinem relativ günstigen Preis zu den angebotenen „Spielen“.⁴²

Vermutlich zeigt das Bild mit den gerollten Bierfässern kaum den Arbeitsalltag der Bierauslieferer, sondern vielmehr eine Werbeinszenierung. Dennoch weist es darauf hin, dass sich der Bierkonsum anders als bei sonstigen Lebensmitteln entwickeln sollte und das Regime hier, wie bereits an der Senkung des Bierpreises zu sehen war, eher auf eine bessere Versorgung denn auf Einschränkungen abzielte.

42 Zur Preisentwicklung und zu „Brot und Spielen“: Wallace Deuel (1942): *People under Hitler*, London, S. 204ff; zum Massenkonsum: *Torp* (2013), a.a.O., S. 78f; *Tim Schanetzky* (2015): *Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich*, München, S. 101ff.



Abb. 14: Berlin hat Durst! Hochbetrieb in einer Berliner Brauerei während der heißen Tage. Die Bierbrauer beim Anrollen der Fässer mit dem kühlen Trunk, Juli 1934 (Originaltitel)

Quelle: Bundesarchiv-Bildarchiv, Nr. 102-16996, Fotograf Georg Pahl

Vor 1914 erreichte der Pro-Kopf-Verbrauch einen in den folgenden Jahrzehnten nie mehr erreichten Spitzenwert von 102 Litern. Im Krieg und in den Jahren danach fiel dieser Wert stark ab und erreichte 1924/25 einen Tiefstand von 61 Litern. Mit dem konjunkturellen Aufschwung ging wieder ein zunehmender Bierkonsum einher; er lag 1929/30 bei 90 Litern. In der folgenden Weltwirtschaftskrise sank er auf 51 Liter ab. Zu dieser Zeit besuchte ein amerikanischer Journalist Berliner Arbeiterkneipen: „Der stärkste Eindruck in dieser Nacht in der Berliner Arbeitslosen-Unterwelt war für mich die Beobachtung, daß von insgesamt etwa fünfhundert Gästen in zehn bis zwölf Gasthäusern höchstens ein Zehntel auch nur ein Glas Bier vor sich stehen hatte. Wenn der Deutsche zu

arm geworden ist, um sich ein Glas Bier zu kaufen, ist er am Verzweiflungspunkt angelangt.“⁴³

Doch ab 1933 stieg der Ausstoß der Brauereien ebenso wie der Pro-Kopf-Konsum – und anders als die Frage „Butter oder Kanonen“ wurde die Frage „Bier oder Kanonen“ niemals gestellt. Bis 1938/39 erreichte der Pro-Kopf-Verbrauch 70 Liter, stieg also gegenüber dem Tiefstand zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft um nicht weniger als 36 Prozent. Auch die Zahl der Betriebe im „Gaststättenwesen“ (so der statistische Sammelbegriff) nahm von 1933 bis 1939 um 20 Prozent zu. Dabei gab es besonders starke Zuwächse ab 1936, nach der Verabschiedung des Vierjahresplanes, dem zufolge die deutsche Armee innerhalb dieses Zeitraums „einsatzfähig“ und die deutsche Wirtschaft „kriegsfähig“ sein sollte, und die Wirtschaftsgruppe Brauerei hielt fest, dass die Remilitarisierung „einen nachhaltigen Impuls gegeben haben dürfte“. So habe man an Orten, an denen die Zahl der Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie stark angewachsen war, wie etwa in den Bezirken Nordmark, Weser-Ems, Hannover, Münster, Kassel und Magdeburg entsprechende Zuwächse beim Bierkonsum registriert. Der Bau des Westwalls ab 1938 wirkte sich auf den Bierabsatz ähnlich belebend aus. Die Aufrüstung stand also nicht im Widerspruch zum Bierkonsum, sondern ging mit ihm Hand in Hand.⁴⁴

43 Zum Bierkonsum: *Grüttner* (1987), a.a.O., S. 271f; *Wochenbericht* (1936), a.a.O., S. 167; Zitat von *H.R. Knickerbocker* (1932): *Deutschland so oder so?* Berlin, S. 9; *Länderrat* (1949), a.a.O., S. 495.

44 *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, Bd. 1939, S. 148; Bd. 1941/42, S. 186; Zitate bei *Wirth* (2004), a.a.O., S. 270.

Ein Brauerei-Jubiläum 1943 und das Bier im Krieg

Abb. 15: Feier zum hundertjährigen Jubiläum der Schultheiss-Brauerei, Berlin, Deutsche Oper, 1943 (1)

Quelle: Landesarchiv Berlin, A Rep. 250-04-07



Abb. 16: Feier zum hundertjährigen Jubiläum der Schultheiss-Brauerei, Berlin, Deutsche Oper, 1943 (2)

Quelle: Landesarchiv Berlin, A Rep. 250-04-07

Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen wurde das Oktoberfest von 1939 kurzfristig abgesagt, und es fand auch in den folgenden Kriegsjahren nicht mehr statt. In kleinerem, aber immer noch recht großzügigem Rahmen wurde indes nach wie vor gefeiert – so im Oktober 1943 das hundertjährige Bestehen der Berliner Schultheiss-Brauerei. Als man im Unternehmen damit begann es zu planen, ging man davon aus, dass der Krieg im Herbst dieses Jahres sicherlich beendet sein würde. Es sollte eine Feierstunde im Deutschen Opernhaus geben, außerdem eine Festschrift und eine Ausstellung, und am Festtag sollten vierspännige geschmückte Schultheiss-Wagen durch die Hauptstraßen Berlins fahren. Nicht alles davon wurde umgesetzt (so entfielen etwa die Bierkutscher-Gespanne), aber die Feier im Opernhaus, das 2.000 Plätze hatte, fand mit allem geplanten Pomp statt. Geladen waren mehr als tausend in Berlin beschäftigte „Gefolgschaftsmitglieder“, außerdem Vertreter der Ministerien, der HVdB, der Wirtschaftsgruppe Brauerei und anderer Wirtschaftsgruppen sowie Vorstände der großen Banken und anderer Berliner Brauereien. Auch Vertreter der NSDAP, der Deutschen Arbeitsfront und der Wehrmacht nahmen teil. Geboten wurden eine Eröffnung mit Musik, Reden der Unternehmensleitung, eine „Führerehrung“, abermals Musik, ein Imbiss mit Jubiläumsbier (ein „helles Spezialbier“) und eine Vorstellung von *Der Freischütz*. Das Unternehmen konnte sich die kostspielige Feier leisten: Es galt vom ersten Tag des Krieges an als „Wehrwirtschaftsunternehmen“, belieferte also die Front und wies daher trotz leichter Einbußen seit Kriegsbeginn immer noch respektable Umsätze auf, die gegenüber dem Vorjahr lediglich um 2 Prozent zurückgegangen waren.⁴⁵

Dies alles fand in einer Phase des Krieges statt, die von schweren Rückschlägen gekennzeichnet war. Im Februar dieses Jahres war es der Roten Armee gelungen, den Belagerungsring um Leningrad aufzubrechen und die 6. Armee unter General Paulus hatte gegen Hitlers Befehl in Stalingrad kapituliert. Goebbels hatte die Bevölkerung im Berliner Sportpalast auf den „Totalen Krieg“ eingeschworen. Im Mai hatten die letzten deutschen Einheiten in Nordafrika kapituliert und im Juli musste die letzte große Offensive der Wehrmacht erfolglos abgebrochen werden – amerikanische und britische Truppen landeten in Sizilien. Im August gelang es der Roten Armee, die mehrfach umkämpfte Stadt Charkow zurückzuerobern, und Smolensk musste aufgegeben werden. Im Oktober hatte Goebbels die nicht kämpfende Bevölkerung Berlins aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Am 23. November, nur wenige Wochen nach der großen Schultheiss-Feier, wurde die Deutsche Oper ausgebombt.

45 LAB, A Rep. 250-04-07: 100-Jahr-Feier; Brief aus der Hauptverwaltung v. 30.7.1943; Bericht v. 2.10.1943; Nr. 63 (LAB steht hier und im Folgenden für Landesarchiv Berlin); *Erich Borkenhagen* (1967): 125 Jahre Schultheiss-Brauerei: Die Geschichte des Schultheiss-Bieres von 1842 bis 1967, Berlin, S. 225.

Von den mehr als 500.000 Juden, die es 1933 im „Altreich“ gegeben hatte, lebten dort nur noch etwas mehr als 50.000, die übrigen waren geflohen, deportiert oder umgebracht worden. Die Zahl der in die Vernichtungslager eingelieferten und getöteten Menschen, die nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörten, nahm ständig zu. Mit der Brutalisierung des Krieges stieg ab 1943 auch die Zahl der durch die Wehrmachtjustiz verhängten Todesurteile stark an. Demgegenüber vermerkte der „Unternehmensführer“ Wienbeck bei der Schultheissfeier stolz: „In der Versorgung der Wehrmacht an allen Fronten mit einem stärker eingebrauten Biere steht die Firma in vorderster Linie“, klagte jedoch gleichzeitig, kein Produkt habe „mehr Probleme als das Bier, Probleme der moralischen Stellung in der öffentlichen Bewertung, Probleme der Erzeugung, der Geschmacksentwicklung, des Ausschanks, des Vertriebes usw.“⁴⁶

Tatsächlich verschärften sich mit Kriegsbeginn die bisherigen Probleme der Versorgung mit Lebensmitteln. Dennoch schnitt das Bier lange Zeit immer noch besser ab als viele andere Produkte. Nach Angaben des Statistischen Reichsamts konnte man für die Jahre 1939 und 1940 von einer „friedensmäßigen Kriegswirtschaft“ sprechen und die Versorgung der Zivilbevölkerung war zunächst nicht so katastrophal wie im Ersten Weltkrieg. „Es ist notwendig“, hieß es in einem Bericht des Finanzministeriums vom Februar 1940, „den Verbrauch an Waren für den privaten Bedarf auf das geringste Maß einzuschränken“ oder, wie es in einer anderen Denkschrift hieß, man wolle Rationierung einführen, die dem Existenzniveau entsprachen, also „zur Befriedigung des unerlässlichen Verbrauchs“ dienen sollten. Demgegenüber waren Kriegssteuern für Kino- und Theaterbesuche sowie die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer dazu gedacht, Kaufkraft abzuschöpfen und der Kriegsfinanzierung Mittel zuzuführen.⁴⁷

Nach den Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sank die Pro-Kopf-Produktion von Konsumgütern (einschließlich derjenigen für die Streitkräfte) zwischen 1939 und 1941 um 22 Prozent. Dabei ging mindestens ein Drittel der reduzierten Mengen an die Wehrmacht. Im Oktober 1939 registrierte der Romanist Victor Klemperer, der ab 1933 seine Alltagserfahrungen in Tagebüchern niederschrieb, dass Fleischkonserven nicht mehr zu bekommen waren und sich auch die Geschäftsauslagen in Dresden veränderten: „In der Webergasse („Freßgasse“) in den Fisch-, Schokolade- etc. Geschäften oft statt der Waren das Bild des Führers mit Fahmentuch und Siegesgrün. In einem Süßigkeitenladen alle Herrlichkeiten im Fenster, darüber: „Es kann nicht garan-

46 LAB, A Rep. 250-04-07: Bericht v. 2.10.1943; Nr. 63.

47 Zum Bierkonsum im Krieg: Zitate bei *Richard J. Overy* (1988): „Blitzkriegswirtschaft“? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939-1942, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 3: S. 379-436, hier S. 379, 381, 389.

tiert werden, daß alle hier ausgelegten Waren zu haben sind'... In Fischläden ständige Antwort: ‚Sie müssen um zehn oder um drei kommen. Nachher ist alles weg'... Schokolade ist beschlagnahmt. – Aber wirkliche Not wie 1917/18 herrscht *nicht*, und ich sehe nicht, wie sie je eintreten soll.“⁴⁸

Während Butter schon vorher rationiert war, gab es ab Herbst 1939 Lebensmittelkarten für Brot, Fleisch, Margarine, Zucker, Käse und Eier, lediglich Kartoffeln blieben davon zunächst ausgenommen. Parallel dazu waren weitere Verschlechterungen der Qualität der Lebensmittel festzustellen, so wenn der aus dem Ersten Weltkrieg gefürchtete „Ersatz“ bei vielen Produkten zunahm: für Tee aus vielerlei Pflanzen, für Kaffee aus Gerste. Ab April 1940 wurden die Fleischrationen, und ab Juli die Brotrationen gekürzt, manche dieser Einschränkungen wurden jedoch wieder teilweise zurückgenommen. Da führende Vertreter des Regimes während des Ersten Weltkriegs die Hungeraufstände ab 1916 selbst miterlebten hatten, steckte ihnen die Angst in den Knochen, sie könnten sich wiederholen, wenn die „Heimatfront“ allzu sehr im Stich gelassen wurde. Die folgenden Jahre zeigten daher einen Zickzackkurs von Lockerungen und Beschränkungen, ein bemühtes Balancieren zwischen unzureichenden landwirtschaftlichen Erträgen und der Sorge, die Unzufriedenheit der Zivilbevölkerung wie schon in der Vorkriegszeit nicht alleine mit Mitteln der Propaganda in den Griff zu bekommen.⁴⁹

Demgegenüber wurde Bier zu keiner Zeit durch Karten rationiert (allerdings gab es seit 1937 die bereits erwähnten Kontingente für die den Brauereien zugewiesene Gerste), es galt also offenbar als kriegs- oder lebenswichtig. Zwar wurde der bisher relativ niedrige Bierpreis durch die Kriegswirtschaftsverordnung erhöht, indem auf die bisherige Reichsbiersteuer ein Zuschlag von 20 Prozent erhoben wurde, und so zahlte man 1941 in Berlin nun 82 Pf. für einen Liter Bier gegenüber früher 75 Pf. Doch in München sah es wieder einmal anders aus – dort kostete das Bier nur 60 Pf. Insgesamt nahm der Pro-Kopf-Verbrauch von Bier ab: von 70 Litern 1938/39 auf 61 Liter 1943/44, lag damit aber im fünften Kriegsjahr immer noch höher als zu den Zeiten der Weltwirtschaftskrise, als er auf 51 Liter gesunken war. So konnte der HVdB-Vorsitzende Immenhof zur Jahreswende 1940 erklären: „In der Absatzentwicklung des Bieres ist seit Kriegsausbruch ein Rückgang in dem Maße nicht eingetreten, wie er in Fachkreisen erwartet“ worden sei, wobei der „Hauptbierverbrauch sich auf die Standorte der Truppen und der Rüstungsindustrie“ konzentrierte. In der Tageszeitung für Brauerei wurde für 1940/41 ebenfalls eine „im großen und ganzen

48 Victor Klemperer (1995): „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten“ – Tagebücher 1933-1945, hrsg. von Walter Nojowski/Hadwig Klemperer, Berlin, Bd. 1, S. 495. Hervorhebung bei Klemperer.

49 Overy (1988), a.a.O., S. 404, 409.

recht günstige Absatzentwicklung“ festgestellt, und dies ohne „allgemeine Verminderung des Stammwürzegehalts während der ersten Sommermonate“. Ähnlich kam der Reichsinnungsmeister des Brauer- und Mälzerhandwerks zu dem Schluss, die Brauwirtschaft habe anders als zur Zeit des Weltkrieges „bisher die Ereignisse, die mit der Kriegswirtschaft zusammenhängen, gut bestanden und überstanden“.⁵⁰

Während die gesamten Einzelhandelsverkäufe pro Kopf im „Altreich“ bei einem Index von 1938=100 in den folgenden zwei Jahren erheblich zurückgingen, stieg die mengenmäßige Abgabe von Bier in diesem Zeitraum auf 116 an. Und selbst danach verlief der Rückgang beim Bier allmählicher als bei den Einzelhandelsverkäufen. Diese lagen 1943 bei einem Indexwert von 69, der Bierabsatz jedoch immer noch bei 96.⁵¹



Abb. 17: Betreuung von Bombengeschädigten: SA beim Antransport von Bier und Getränken, Berlin, August 1943

Quelle: Bundesarchiv-Bildarchiv, Nr. 183-J07439, Fotograf Ernst Schwahn

50 Wirth (2011), a.a.O., S. 197; *Die Preise im Oktober 1941* (1941), a.a.O., S. 403; *Länderrat* (1949), a.a.O., S. 333; Zitate von Immendorf, aus der Tageszeitung für Brauerei und des Reichsinnungsmeisters bei Wirth (2011), a.a.O., S. 200, 210.

51 Overy (1988), a.a.O., S. 397; *Länderrat* (1949), a.a.O., S. 495.

In seiner Neujahrsbotschaft 1941 schrieb der Vorsitzende der Wirtschaftsgruppe Brauereien Dr. Röhm: „In einer Kriegszeit, in der wir nun leben, scheint mir das Bier ein tatsächlicher Sorgenbrecher zu sein.“ Diese Auffassung wurde offenbar lange Zeit von führenden Stellen geteilt und sie galt auch bei der Versorgung von Bombenopfern, die zumindest mit dem Allernötigsten versorgt werden sollten – dazu gehörte, dass man ihnen Bierkästen brachte.⁵²

Wer trank Bier? Und bei welchen Gelegenheiten?



Abb. 18: Aschinger am Stettiner Bahnhof, Berlin ca. 1933

Quelle: Postkarte

Nach den Eintragungen im Adressbuch von Berlin gab es dort 1934 rd. 8.800 Gaststätten, und ihre Zahl stieg in den folgenden Jahren zwar etwas an, ging jedoch mit Kriegsbeginn zurück. Aber selbst 1943 waren immer noch rund 7.000 von ihnen in Betrieb, wobei sich vor allem die größeren Lokale behaupten konnten: darunter der *Alte Askanier* und der *Alte Ratskeller*, die *Bayrischzell*

52 Zitat von Dr. Röhm bei *Wirth* (2011), a.a.O., S. 259.

Gaststätte („2 Original Bayer. Kapellen“) und *Gumpert – Die Alt-Berlinische Gaststätte* („Es liegen aus: 300 Zeitungen und Zeitschriften, die wichtigsten Adreßbücher“), die *Hopfenblüte* in der Friedrichstraße und *Kloses Bierstuben* am Lützowufer, der *Schwabenwirt Kottler* und *Weidemanns Bierstübl* in der Potsdamerstraße. Dazu gab es neben den zahlreichen Restaurants und Konditoreien nicht weniger als 23 *Aschinger-Bierquellen*, häufig in der Nähe von Bahnhöfen oder an zentralen Orten wie dem Potsdamer Platz oder in der Friedrichstraße. Das Geschäftsprinzip hieß „Billig und schnell!“ und sprach weite Kreise an, insbesondere durch die legendären kostenlosen Brötchen.⁵³

Seit dem Führererlass vom Januar 1943 sollten neben Einzelhändlern und Handwerkern auch viele Gaststätten schließen, um „Männer und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung“ frei zu bekommen, doch stießen die von den Behörden aufgestellten Listen vielfach auf Widerspruch in der Bevölkerung. Insbesondere in Arbeiterkreisen wurde vermutet, dies seien Aktionen gegen die „Gaststätte des kleinen Mannes“, denn gleichzeitig blieben Etablissements wie *Schümanns Austernkeller* in Hamburg oder die Bar des *Carlton-Hotels* in Frankfurt nach wie vor verschont. Oftmals wurden die betroffenen Lokale ohnehin durch ältere Witwen, ältere Ehepaare oder Kriegsversehrte geführt, in Dörfern oder Kleinstädten vielfach auch als Nebenerwerb von Landwirten, und es entstand der Eindruck, die Kreisausschüsse wollten lediglich möglichst hohe Prozentzahlen von Schließungen nach oben weitergeben. Häufig hatten die Bescherden Erfolg und viele Gaststätten wurden wieder eröffnet. Wenn Gastronomiebetriebe weiterhin ihre Dienste anboten, konnte das sein, weil man schlechte Stimmung in der Bevölkerung vermeiden wollten – oder aber, weil die Stützen des Regimes sie selbst gerne besuchten.⁵⁴

53 *Berliner Adressbücher*, //digital.zlb.de/viewer/image/34115495_1934/1/LOG_0003/ und https://digital.zlb.de/viewer/image/34115495_1943/1/LOG_0003/ (Zugriff 4.4.2019); *Hans Aschenbrenner* (1999): Bei Aschinger – fast wie früher (18. Juni 1949), in: *Berlinische Monatschrift*, Edition Luisenstadt, H. 8.

54 *Boberach* (Hg.) (1984), a.a.O., Bd. 13, S. 5136ff.



Abb. 19: SS-Sturmlokal in der Alten Jakobstraße, Berlin, 1934
Quelle: Bundesarchiv-Bildarchiv, Nr. 183W0319-508, Fotograf o.A.



Abb. 20: Angehörige einer Musikkapelle der SA vor einer Bierstube, Berlin, 1937

Quelle: bpk Bildagentur, Nr. 70163173, Fotograf Josef Donderer

Die Biertrinker behielten demnach lange Zeit die Oberhand, und dies nicht nur im Alltag, in ihren angestammten Kneipen und bei den in ganz Deutschland populären Schützen- oder Kirchweihfesten, sondern auch an Orten, die in enger Verbindung zur Partei selbst standen. Das waren zunächst Wirtshäuser, in denen sich Mitglieder von SA und SS trafen. Dass solche Lokale überhaupt als politische Treffpunkte genutzt wurden, ging auf den Aufstieg der Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts zurück, als deren Anhänger sich damals mangels anderer Räume in Kneipen trafen. Diese Gepflogenheit wurde ab 1928 von den Nationalsozialisten übernommen. Thomas Welskopp zufolge waren die SA-Sturmlokale „vorgeschobene Operationsbasen für den Bürgerkrieg und ähnelten einer Mischung aus Gesellenherberge und Kaserne für die arbeitslosen Mitglieder der SA, die dort schliefen und gepflegt wurden und einen Teil ihres Soldes (häufig nur: freie Kost und Logis) nicht selten naturell in der Form von Bier erhielten. Diese indirekte Finanzierung durch die Partei sicherte umgekehrt den Wirten der Sturmlokale ihre Existenz, manchmal ganz unabhängig von Parteiloyalitäten.“ Auch die SS betrieb eine Reihe von „Sturmlokalen“. In beiden Organisationen war das Biertrinken Teil ihrer Männlichkeitskultur, zu der häufig ebenfalls gehörte, dass die Männer hinterher auf die Straße gingen und rabiat herumpöbelten oder gewalttätig auftraten.⁵⁵

Während der neu eingeführte „Tag der Arbeit“ am 1. Mai für „alkoholfrei“ erklärt wurde und dies eigentlich genauso für andere Parteiveranstaltungen gelten sollte, fanden viele davon ausgerechnet in Bierkellern statt. Immerhin hatte die Bewegung von einem solchen ihren Ausgang genommen: vom Münchner Bürgerbräukeller, den Nationalsozialisten am 8. November 1923 bei einer Großveranstaltung gestürmt hatten und von dort aus zu ihrem letztlich gescheiterten Putsch zur Feldherrenhalle aufgebrochen waren. Zur Erinnerung daran trat Hitler ab 1933 jährlich an dem legendären Ort auf und entging 1939 nur knapp dem Attentat, das Georg Elser geplant hatte. Ab 1940 wurde der Jahrestag daher in den Löwenbräukeller verlegt. Dorthin hatte Hitler auch bereits früher regelmäßig zu großen Weihnachtsfeiern für die „Alten Kämpfer“ und für SS-Angehörige eingeladen.⁵⁶

55 Zu SA, SS: Zitat bei *Welskopp* (2016), a.a.O., S. 203; *Bastian Hein* (2012): *Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945*, München, S. 62.

56 Zu Parteiveranstaltungen: [//www.historynut.com/rare-photo-inside-a-nazi-christmas-party](http://www.historynut.com/rare-photo-inside-a-nazi-christmas-party) (Zugriff 2.3.2018); *Hein* (2012), a.a.O., S. 62.



Abb. 21: Weihnachtsfeier der „Alten Kämpfer“ mit NS-Prominenz; vorne ganz links NSDAP-Schatzmeister Franz-Xaver Schwarz (nicht identisch mit dem späteren HVdB-Vorsitzenden Franz X. Schwarz), rechts daneben im Profil Gauleiter Wagner, Löwenbräukeller, München, 24.12.1937

Quelle: Bayer. Staatsbibliothek München-Bildarchiv, hoff-38771, Fotograf Heinrich Hoffmann

Außerdem muss das Bier bei den Reichsparteitagen, die ab 1933 regelmäßig in Nürnberg stattfanden, in Strömen geflossen sein – zumindest im Anschluss an die Reden und Aufmärsche am Zeppelfeld. Dem Ansehen der Partei war dies nicht förderlich, weshalb die SS-Führung wiederholt versuchte, die massenhaften Trinkereien zu unterbinden, unter anderem durch die Ankündigung, es würde Gratiszigaretten und Schokolade geben. Am Alkoholkonsum änderte das allerdings nicht viel. In den folgenden Jahren nahmen in der Regel etwa eine Million Menschen am Parteitag teil und die Organisatoren traten zur „Bewirtschaftung der Massenquartiere“ an die örtlichen Brauereien und Gastwirte heran, die jedoch nicht nur Kaffee und belegte Brötchen bereitstellen sollten: „Die Durchschnittsdauer der Belegung ist 3-4 Tage. Die Organisationsleitung beansprucht eine Abgabe von RM 2.- pro Hektoliter.“ Wie selbstverständlich der Besuch

von Gaststätten war, wird aus Listen ersichtlich, die ab 1934 an die Parteigenossen verteilt wurden, und in denen eine Reihe von Lokalen genannt wurden, die nicht besucht werden durften, weil sie als „Dirmenlokale“ oder „Verbrecherlokale“ und somit als anrühlich galten, wie etwa das *Gasthaus zum Grünen Markt*, das *Burgstübl* oder der *Meistertrunk*. Die übrigen Lokale waren somit freigegeben. Über die Jahre hinweg reichten diese Gaststätten nicht mehr aus, da sich bei den Besucherscharen, die in den ersten Jahren noch mit großer Begeisterung die gigantische Inszenierung bejubelt hatten, nach und nach ein gewisser Überdruß bemerkbar machte. So wollte man nun Volksfeststimmung verbreiten, indem ab 1937 hölzerne Bierhallen, wie etwa die riesige *Frankenhalle* aufgebaut wurden. Sie entwickelten sich allerdings ihrerseits zu Orten von alkoholischen Exzessen, und in internen Berichten der NSDAP häuften sich Berichte über „vollständig betrunkene“ Zellen- und Blockleiter. Welche Bedeutung das jährliche Großereignis für die örtlichen Brauereien hatte, wird schließlich auch daran deutlich, dass etwa die Nürnberger Lederer-Brauerei sich in ihrem Geschäftsbericht von 1938/39 äußerst enttäuscht darüber zeigte, dass der für September 1939 geplante Reichsparteitag kurzfristig abgesagt wurde, da das für sie einen massiven Einbruch ihres Absatzes bedeutete.⁵⁷

Im Krieg ging ein erheblicher Teil des Ausstoßes der Brauereien an die Wehrmacht – laut einem Brief der HVdB vom Mai 1942 üblicherweise etwa 25 Prozent. In einer ihrer Anordnungen von 1941 heißt es: „Die Brauereien sind verpflichtet, den tatsächlichen Bedarf der Kantinen der Wehrmacht und der Rüstungsbetriebe mindestens im gleichen Verhältnis zu decken wie den ihrer übrigen Kundschaft.“⁵⁸

57 Zu den Nürnberger Parteitag: *Siegfried Zelnhefer* (2002): Die Reichsparteitage in Nürnberg, Nürnberg, S. 244ff; *Jochen Sprotte* (2014): Die Nürnberger Brauereien im III. Reich in der Zeit von 1933 bis 1945, in: Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens: 200-252, hier S. 216ff.

58 Zur Wehrmacht: *BArch*, 17-VIII, Nr. 3.



Abb. 22: Ostpreußen in Bereitschaft, Sommer 1941 (Originaltitel)

Quelle: Bundesarchiv-Bildarchiv, Nr. 963 Bild-14-25A, Fotograf Otto Kaiser



Abb. 23: Dieppe, an der französischen Atlantikküste – Infanteristen und Artilleristen, Sommer 1942

Quelle: Bundesarchiv-Bildarchiv, Nr. 1011-291-1205-19A, Fotograf Koll

Obwohl mittlerweile viel über den Alltag der Soldaten bekannt ist, wurde die Bedeutung des Alkoholkonsums bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt des „Alkoholmissbrauchs“ untersucht, es wurden also jene Fälle unter die Lupe genommen, die nach heutigen Begriffen als „deviant“ gelten. Doch der Konsum von Bier war bei der Wehrmacht gang und gäbe, weshalb als „Wehrwirtschaftliche Betriebe“ nicht nur solche der Rüstungsindustrie, sondern auch Brauereien wie die Schultheiss-Brauerei galten. Neben der Aufputschdroge Pervitin, die seit 1938 auf dem Markt war und flächendeckend an das militärische Personal verteilt wurde, um die Kampfmoral der Truppe zu stärken, gehörte das Bier zum soldatischen Alltag. Der Generalstabsarzt Walter Kittel meinte dazu: „Nur ein Fanatiker wird dem Soldaten ein Genussmittel verweigern, das ihm nach den Schrecknissen der Schlacht Entspannung bringt und seine Lebensfreude steigern hilft, oder ihn tadeln, wenn er im Kreise der Kameraden einen fröhlich-frischen Trunk tut.“ Solange die Soldaten im Sinn des Eroberungskrieges funktionierten, stellte niemand den Konsum von Alkohol oder Drogen in Frage.

Aus den Bestimmungen der HVdB zur bevorzugten Versorgung des Militärs geht im Übrigen hervor, dass Bier sogar für Kriegsgefangene vorgesehen war. Das galt vermutlich nur für die relativ besser gestellten Gruppen der Offiziere aus den westlichen Ländern, also amerikanische, britische oder französische Kriegsgefangene. Für sie wurde festgelegt: „Die Belieferung von Kriegsgefangenen in Lagern ist nur mit Einfachbier zulässig.“⁵⁹

Ähnlich wie die Wehrmacht bestrebt war, den Soldaten an der Front gewisse Annehmlichkeiten zu bieten, galt dies auch für die SS gegenüber ihren Wachmannschaften. Es gab relativ gutes Essen und Zigaretten, kostenlose Bekleidung und eine komfortable Unterbringung, die für viele besser war als das, was sie von zuhause kannten, außerdem Freizeitaktivitäten aller Art, und Weihnachten wurde ebenfalls gemeinsam gefeiert. Vor allem nach sogenannten „Sonderaktionen“ erhielt das KZ-Personal als Entschädigung Extrarationen an Alkohol und Zigaretten. Hermann Langbein, der zwei Jahre in Auschwitz interniert war, meinte im Rückblick: „Betrunkene SS-Angehörige im Dienst bildeten keine Ausnahmen.“⁶⁰

59 Peter Steinkamp (2007/2008): Zur Devianz-Problematik in der Wehrmacht – Alkohol- und Rauschmittelmisbrauch bei der Truppe, Diss., Freiburg; Zitat des Generalstabsarztes bei Andreas Ulrich (2005): Berauscht in die Schlacht, in: Spiegel Special, 2, S. 150-15; Zu Kriegsgefangenen *BArch*, R 17-VIII, Nr. 3, Handakten Dr. Metzger.

60 Zu Konzentrationslagern: Carolin Bendel (2017): Die andere Seite des Konzentrationslagers – Freizeitvergnügen der SS nach Feierabend, //www.zukunft-braucht-erinnerung.de/die-andere-seite-des-konzentrationslagers-freizeitvergnuegen-der-ss-nach-feierabend/ (Zugriff 4.4.2018); Hermann Langbein (2016): Menschen in Auschwitz, Frankf./M., S. 440.



Abb. 24: Weihnachtsfeier der SS-Wachmannschaft im Konzentrationslager Neuengamme, 1943

Quelle: bpk Bildagentur, Nr. 30023183, Fotograf o.A.

All dies zeigt, wie sehr das Bier seinen Stellenwert in der Bevölkerung und beim Militär behielt, und dies gerade – trotz wiederholter Appelle und zaghafter Versuche, das Biertrinken einzuschränken – bei den Formationen der Partei selbst. Das Braugewerbe blieb daher, was es bereits früher war: eine wichtige Branche der Wirtschaft auch im NS-Staat, und für seine Produkte wurde bis in die Kriegszeit hinein geworben.

Werbung für ein „deutsches“ Getränk

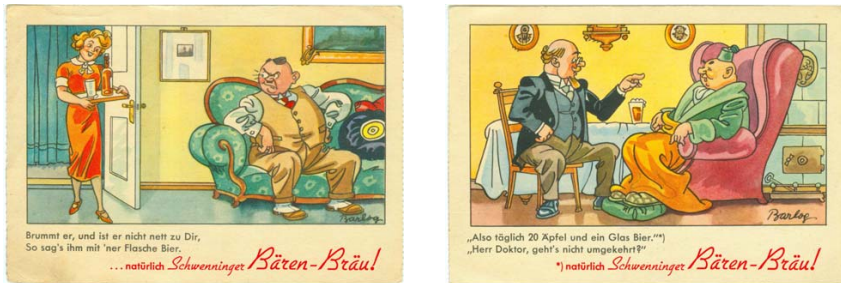


Abb. 25: Werbekarten von Bären-Bräu in Schwenningen – eine Serie, die spätestens seit 1938 Verwendung fand; links eine Karte als Feldpost vom November 1940, rechts privat verschickt im Juli 1944

Quelle: Aus der Sammlung von Manfred Henschel

Konsumgüter wurden seit der Jahrhundertwende immer häufiger auf Plakaten, Blechtafeln oder Zeitungsanzeigen beworben, und daran änderte sich nach 1933 nur wenig. Es gab vermehrt Anzeigen für die vom Regime gewünschte Verbrauchlenkung, sei es für Fisch und Vollkornbrot oder für „Kampf dem Verderb“, aber ansonsten konnten alle Arten von Produkten angepriesen werden, ob sie den Planungen des Reichsnährstandes oder des Vierjahresplanes entsprachen oder nicht – solange die Werbung im „Geist des neuen Deutschlands“ erfolgte. Ein vom Reichspropagandaministerium eigens dazu eingerichteter Werberat sollte das kontrollieren und überflutete die Werbewirtschaft in der Folge mit zahllosen Bestimmungen, Bekanntmachungen und Erlassen. Was „deutsche Werbung“ letztlich sein sollte, und wie das „wirtschaftliche Leben“ mit dem „völkischen Leben“ verquickt werden sollte, blieb weitgehend unklar. Zwar sollte es keine „gedankenlose Nachahmerei ausländischer Reklame“ geben, doch moderne Werbemittel wie Neonwerbung wurden von Brauereien und von anderen Unternehmen in Großstädten wie Berlin nach wie vor häufig genutzt. Gleichzeitig bot sich gerade für Bier die Chance, auf das Attribut „deutsch“ hinzuweisen, wenn es auf Postkarten oder auf dem weiter oben wiedergegebenen Poststempel der Hauptvereinigung hieß: „Im deutschen Bier die Kraft der deutschen Erde“, oder aber, wenn die kleine Andreas-Brauerei in Hagen-Haspe die Biertrinker animierte: „Trinke deutsch“. Häufig wurde die Bierwerbung noch deutlicher mit den Propagandaslogans des Regimes verbunden, so wenn eine Gemeinschaftswerbung der Wirtschaftsgruppe Brauereien 1936 verkündete: „Eine Million schaffende deutsche Volksgenossen leben von der

Erzeugung und dem Vertrieb des Bieres“. Ab 1943 sollte die Werbung „kriegsdienend“ sein und einen „Beitrag zur Erhaltung und Stärkung des deutschen Siegeswillens“ darstellen, aber diese Vorgaben änderten wenig an den bisher üblichen Werbemitteln. Selbst wenn der Werbeaufwand insgesamt stark zurückging, verwendete etwa Bären-Bräu in Schweningen auch in den Kriegsjahren Postkarten, die patriarchale Butzenscheiben-Idyllen früherer Zeiten wachrufen sollten.⁶¹



Abb. 26: Kaufingerstraße, München, 1940

Quelle: bpk Bildagentur; Nr. 70008089, Fotografin Erika Groth-Schmachtenberger

61 Zur Werbung: *Stefan Wirth* (2007): Vor sechzig Jahren und einem Kondratieff (5). Zur deutschen Braubranche Januar bis August 1939, in: Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens, Jahrbuch 2007, S. 79-146, hier S. 124; *Wirth* (2004), a.a.O., S. 310; *Uwe Westphal* (1989): Werbung im Dritten Reich, Berlin, S. 21, 155ff.

Außerdem schickten viele Brauereien, obwohl Lastkraftwagen inzwischen zum Biertransport weit verbreitet waren, immer noch häufig Bierwägen, die von dicken Kaltblütern gezogen wurden, auf die Straße, weil sie Werbung für die Traditionalität des Produktes machten – und dies selbst im zweiten Kriegsjahr. Dabei ging es darum, das Bier gegenüber anderen Getränken weiterhin zu popularisieren, außerdem standen die einzelnen Marken nach wie vor in regem Wettbewerb.

Die Brauwirtschaft – viele Große und tausende Kleine

Das Brauen hatte in Deutschland im 19. Jahrhundert bereits eine lange handwerkliche Tradition von städtischen Braugilden, Kloster- und Hausbrauereien. Diese wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgebrochen, als aus den traditionellen Braustätten zunehmend industrialisierte Betriebe, „Bierfabriken“, herauswuchsen, und zwar in genauso atemberaubendem Tempo wie Fabrikbetriebe in anderen Wachstumsindustrien, etwa in der Elektrotechnischen oder in der Chemischen Industrie. Neue Methoden wurden für das Mälzen und Darren entwickelt, die Haltbarkeit des Bieres wurde verbessert und moderne Kühltechniken kamen zum Einsatz, so dass nun massenhaft untergäriges Bier hergestellt werden konnte. Gleichzeitig strömte immer mehr Kapital in den aufstrebenden Industriezweig und es entstanden mehr als 500 Aktiengesellschaften. Vor 1914 war jede zehnte Aktiengesellschaft in Deutschland eine Brauerei, aber zugleich blieb die Struktur der Betriebsgrößen extrem aufgefächert. Neben der mit Abstand größten Brauerei, der Berliner Schultheiss-Brauerei, gab es damals viele weitere Aktienbrauereien, außerdem mittelgroße und kleine Unternehmen, häufig im Familienbesitz, insgesamt mehr als 10.000 Brauereien.⁶²

62 Zum Biermarkt vor 1933: Roman Köster (2012): Konjunkturen, Krisen, Konzentration: Die Entwicklung des deutschen Biermarktes vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Weltwirtschaftskrise – Dortmunder Beispiele, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Zur Geschichte der westfälischen Brauwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Dortmund, S. 109-131, hier S. 109, 113f, 116ff.

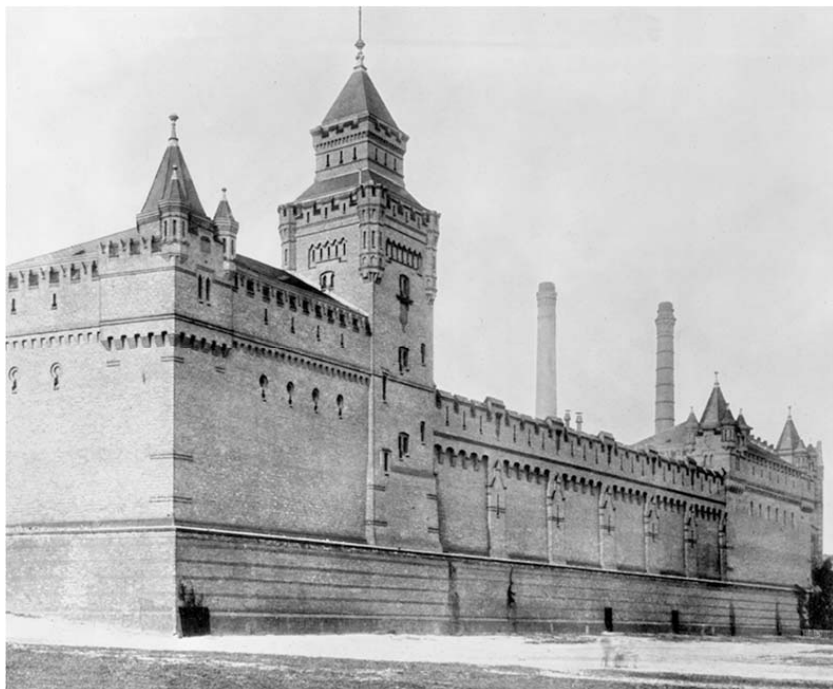


Abb. 27: Schultheiss-Brauerei Kreuzberg, Berlin um 1902

Quelle: bpk Bildagentur, Nr. 40007502, Fotograf o.A.

Im und nach dem Ersten Weltkrieg mussten viele Brauereien schließen, und dies traf auch Aktienbrauereien. Dennoch entfielen auf die Großbrauereien mit einem Ausstoß von mehr als 120.000 Hektolitern immer noch rund 50 Prozent der gesamten Produktion. Ihre dominante Stellung hing nicht nur damit zusammen, dass sie am ehesten moderne Produktionsmethoden einführen und sich die entsprechenden Investitionen leisten konnten. Sie waren außerdem am ehesten in der Lage, Gaststätten langfristig an sich zu binden, indem sie ihnen Kredite oder Darlehen gewährten: die berüchtigte „Wirtefinanzierung“. Von Vorteil für die kleineren und mittleren Brauereien konnte es dagegen sein, mit ihren lokalen oder regionalen Marken stabile Beziehungen zu ihren Stammkunden aufzubauen und zu pflegen. Ende der 1920er Jahre gab es noch 4.720 Brauereien, doch die Krise zwang viele davon aufzugeben, und im folgenden Jahrzehnt

sank ihre Zahl um 7 Prozent. Mit Kriegsbeginn mussten weitere Brauereien schließen. Wie entwickelte sich dabei die Struktur der Branche?⁶³

In den ersten Jahren der NSDAP waren gerade Kaufleute und Handwerker in ihr stark vertreten und die Partei verstand sich als Interessenlobby für unzufriedene Mittelständler. In ihrem *25-Punkte-Programm* von 1920 verlangten die Nationalsozialisten die „Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seiner Erhaltung“. Ähnlich trug das *Sofortprogramm* von 1932 stark antikapitalistische Züge, wurde jedoch nach dem Wahlsieg der NSDAP im Sommer des Jahres, der sie zur stärksten Fraktion im Reichstag machte, unverzüglich eingestampft und durch ein *Aufbauprogramm* ersetzt, das wesentlich wirtschaftsfreundlicher daherkam, da es nun galt, die besorgte Unternehmerschaft zu beruhigen.⁶⁴

Als zwei Brauereibesitzer von mittelständischen Unternehmen, Jakob Imendorf und Dr. Ernst Röhm, an die Spitze der HVdB und der Wirtschaftsgruppe Brauerei gesetzt wurden, konnte das als Signal an die Mittelständler verstanden werden, ihre Anliegen würden gegenüber den großen Aktienbrauereien nun besonders berücksichtigt werden – dies umso mehr, als im Deutschen Brauerbund bis dahin die großen Brauereien das Sagen hatten. An der Spitze des Brauereiverbandes standen von 1911 bis 1934 Rudolf Funke (ab 1903 Mitglied im Schultheiss-Vorstand) und von 1926 bis 1934 August Pschorr (ab 1922 Generaldirektor der Münchner Großbrauerei Pschorr-Bräu AG). Doch als die Zahl der Brauereien Anfang der 1930er Jahre zurückging, traf das vor allem die kleineren und mittleren Betriebsgrößen, während die Großbetriebe mit einem Ausstoß von mehr als 120.000 Hektolitern, die unter dem wirtschaftlichen Absturz ab 1929 besonders gelitten hatten, sich wieder erholten. Mehr Unternehmen als zuvor gehörten nun in diese Größenklasse und ihr Marktanteil nahm ab 1933 zu, so dass sie 1939/40 wieder knapp an die 50 Prozent-Marke kamen, die sie Ende der 1920er Jahre schon einmal erreicht hatten. Ihre starke Stellung auf dem Markt schlug sich in entsprechenden Renditen nieder.⁶⁵

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg konnten die Aktienbrauereien eine durchschnittliche Dividende von 7 Prozent ausschütten, womit sie zwar etwas unter dem Niveau der übrigen Industrieunternehmen blieben, dafür aber über die Jah-

63 *Karl-Peter Ellerbrock* (2012): Faktoren und Strukturen der Industrialisierung der deutschen Brauwirtschaft im „langen 19. Jahrhundert: Neue Perspektiven der Forschung, in: Ders. (Hg.): *Zur Geschichte der westfälischen Brauwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Dortmund, S. 69-108, hier S. 77ff; *Welskopp* (2016), a.a.O., S. 200; zur Zahl der Unternehmen und zu Marktanteilen: *Länderrat* (1949), a.a.O., S. 333, 495.

64 *Barkai* (1998), a.a.O., S. 30, 42ff.

65 *Stefan Wirth* (1996): Vor sechzig Jahren und einem Kondratieff. Zur deutschen Braubranche 1935, in: *Gesellschaft für die Geschichte des Brauwesens, Jahrbuch 1996*, S. 155-178, hier S. 158f; *Borkenhagen* (1971), a.a.O., S. 183.

re hinweg eine Gleichmäßigkeit aufwiesen, die in anderen Industriezweigen fehlte, da dort die Dividenden viel stärker schwankten. Auch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre bauten die Großbrauereien ihre Position aus. Ihre Gewinne lagen ebenso wie ihre Dividenden stets höher als bei der Gesamtheit der Aktiengesellschaften. Beide Werte brachen zwar in der Weltwirtschaftskrise ein, doch erholten sich die Aktienbrauereien rasch und überflügelten bis 1934/35 wiederum die übrige Industrie.⁶⁶

Gerade die großen Brauereien konnten von der aufs Militärische ausgerichteten Politik profitieren, zunächst bei der Aufrüstung, danach auch im Krieg, vor allem wenn sie, wie Schultheiss, Wehrwirtschaftsbetriebe waren und große Lieferungen an die Wehrmacht absetzen konnten. Eine Studie zur Entwicklung der Eigenkapitalrendite in der deutschen Industrie von 1925 bis 1941 kommt zu dem Schluss, dass diese ab 1933 für Unternehmen, die in die Aufrüstung eingebunden waren, höher lag als für jene, die für den zivilen Bedarf produzierten. Die Konsumgüterindustrie gilt also als Verliererin, die Produktionsgüterindustrie als Gewinnerin des NS-Aufschwungs. Für größere Teile des Braugewerbes dürfte dies aber nicht gegolten haben. Im Jahr 1938 befanden sich unter den 200 größten Industrie-Aktiengesellschaften nicht weniger als zehn Brauereien: darunter die Berliner Schultheiss-Brauerei (Rang 25), die Dortmunder Union Brauerei (Rang 123), das Münchner Löwenbräu (Rang 140) und die Berliner Engelhardt-Brauerei (Rang 163).⁶⁷

Die Geschäftsentwicklung von Schultheiss, einer Großbrauerei, die 1939 eine „Gefolgschaft“ von mehr als 6.000 Beschäftigten hatte, zeigt bis 1941/42 eine deutlich positive Tendenz. Der Reingewinn stieg bis 1940/41 von Jahr zu Jahr und lag auch 1941/42 mit rund 8.644.000 RM noch deutlich über demjenigen von 1938/39 (für spätere Jahre sind keine Zahlen überliefert). Im Vergleich dazu verlief die Entwicklung beim Berliner Bürgerbräu, einer früheren Genossenschaft, die 1934 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde und im Jahr 1939 knapp 370 Beschäftigte hatte, sehr viel bescheidener. Der Reingewinn lag 1941 hier bei 173.000 und war damit so hoch wie 1937, wies aber insgesamt über die Jahre hinweg keine Steigerungen auf.⁶⁸

66 Zur Rentabilität der Großbrauereien: *Teich* (2000), a.a.O., S. 338; *Wochenbericht* (1936), a.a.O., S. 168.

67 *Mark Spoerer* (1996): Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925-1941, Stuttgart, S. 156; *Martin Fiedler* (2002): Fusionen und Übernahmen in der deutschen Industrie, 1898-1938, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 43, S. 209-242, hier S. 237ff.

68 Zu Schultheiss: *LAB*, A Rep. 250-04-07, Geschäftsberichte 1937-1942; zu Berliner Bürgerbräu: *LAB*, A Rep. 250-04-01, Nr. 27 und Nr. 29.

Doch ist dieses Bild in einem Punkt zu korrigieren. Selbst wenn die kleinen und mittelständischen Brauereien durch die Politik des Regimes benachteiligt wurden, so traf dies nicht für die vielen Hausbrauereien zu, also solchen, die offiziell „nur für den Bedarf des eigenen Haushalts“ Bier brauten, vermutlich häufig aber auch Nachbarn und Freunde mitversorgten. Ihre Zahl hatte bereits in der großen Krise von 1930/31 stark zugenommen und betrug 1933/34 knapp 41.000. Sie ging in den folgenden Jahren etwas zurück, stieg jedoch mit Kriegsbeginn wieder an und lag 1943/44 höher als 1939/40. Die Hausbrauereien wurden nicht nur geduldet, sondern aktiv unterstützt, da sie über den gesamten Krieg hinweg Hopfen zu niedrigeren Preisen erhielten als die gewerblichen Brauereien.⁶⁹

Die Brauereiarbeiter und ihr Hastrunk



Abb. 28: Deutsche Brauerzeitung, Titelblatt vom 30.1.1892

Quelle: Deutsche Brauerzeitung, www.library.fes.de/gewerkschaftszeitung/sol/?id:38490 (Zugriff 6.6.2018)

69 Zu den Hausbrauereien: *Länderrat* (1949), a.a.O., S. 333; *BArch*, R 17-VIII, Nr. 4, Brief der HVdB vom 27.10.1944.

Die Brauereiarbeiter organisierten sich 1885 im *Allgemeinen Deutschen Brauerverband*, der ab 1891 eine eigene Wochenzeitung herausgab, die *Deutsche Brauer-Zeitung*. In dieser berichteten sie über allgemeine Fragen der Arbeiterbewegung und über die schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen in einzelnen Brauereien, außerdem riefen sie dazu auf, streikende Kollegen zu unterstützen, aber – anders als in vielen anderen gewerkschaftlichen Publikationen dieser Zeit – informierten sie ihre Abonnenten auch über Fachfragen des Brauwesens. So verfasste ein anonym *Silesius* 1892 über mehrere Nummern hinweg unter dem Titel *Chemische Briefe an einen Brauer* eine Artikelserie, in der alle wichtigen Stufen des Brauens ausführlich erläutert wurden. Stichworte dazu waren: Die Erkennungszeichen guten Hopfens – Wie man den Extraktgehalt des Bieres bestimmt – Wie vollmundiges Bier gemacht wird – Dextrin, Dextrose, Diastase – Wie das Malz aufgelöst wird und werden soll – Das Brechen der Würze – Die chemische Prüfung des Hopfens auf Schwefelung – Die Verarbeitung der Würze – Richtige Kühleinrichtungen. Der Autor ging also davon aus, dass die lesenden Brauarbeiter wussten oder wissen sollten, worauf es bei ihrer Arbeit ankam, und zwar so, dass sie in der Lage waren, dem Besitzer der Brauerei mit Rat und Tat zur Seite zu stehen bzw. ihn überhaupt anzuleiten, wenn es etwa um Spaltpilze oder Staub als den „schlimmsten Feinden der Brauerei“ ging: „Der Brauer muss also beachten, daß er stets von seinen Feinden umgeben ist und darnach hat er seine Maßnahmen zu richten.“ Dabei betonte *Silesius* auch, dass die Arbeiterschaft lebhaften Anteil an technischen Neuerungen (z.B. an neuen Kühleinrichtungen) nehme und diese begrüße.⁷⁰

Diese fachlichen Ausführungen ebenso wie die Hinweise auf wissenschaftliche Vorträge (etwa „Ueber den Werth der Desinfektion“) weisen auf das ausgeprägte Selbstbewusstsein von Arbeitern hin, die sich keineswegs nur als Rädchen im Getriebe verstanden, sondern – ähnlich wie Drucker und Setzer, Klavierbauer und Feinmechaniker – als Fachleute, die den Unternehmern zumindest auf dieser Ebene Paroli bieten konnten. In einer Zeit, als die Großunternehmen der Elektroindustrie sich mit Händen und Füßen dagegen wehrten, mit ihrer Arbeiterschaft Kollektivverträge abzuschließen, gelang dies neben einigen anderen Handwerkergruppen auch den Brauereiarbeitern. Ihr Verband schloss 1890/1891 die ersten Tarifverträge mit Berliner und Stuttgarter Brauereien, und 1903 folgte in Stuttgart ein Vertrag, der erstmals überhaupt im Deutschen Reich für Arbeiter einen Urlaubsanspruch von drei Tagen festschrieb (für Angestellte gab es diesen bereits länger). In der Vereinbarung von 1890 wurde auch die bisherige Gepflogenheit aufgehoben, wonach Arbeiter „Kost und Logis“ bekamen, was auf ihren Geldlohn drückte und sie außerhalb der Arbeit der patriarchalen Bevormundung des Unternehmers – oder seiner Gattin – unter-

⁷⁰ Zitat in *Deutsche Brauer-Zeitung* v. 25.6. 1892.

warf. Doch die Brauarbeiter wollten sich nicht gänzlich von den alten Verhältnissen verabschieden und einen Teil der bisherigen Naturalentlohnung behalten: den Haustrunk. Nachdem die Gesellen nicht mehr im Haushalt des Arbeitgebers wohnten, wurde dieser in Tarifverträgen oder in der Arbeitsordnung festgelegt und betrug 1914 täglich bis zu 6 Liter für Vollarbeiter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er im Zusammenhang mit der nunmehr kürzeren Arbeitszeit auf 2 bis 2,5 Liter reduziert.⁷¹

Die Zahl der Beschäftigten ging seit Mitte der 1920er Jahre, als mehr als 85.000 Arbeitskräfte im Braugewerbe tätig waren, stetig zurück. Dank der fortschreitenden Produktivität setzte sich dieser Trend trotz des steigenden Ausstoßes der Brauereien auch nach 1933 fort. Ab 1939 verminderte sich die Zahl der Beschäftigten noch stärker aufgrund der zahlreichen Einberufungen zur Wehrmacht. Zu einem kleinen Teil wurden die fehlenden Arbeitskräfte durch Frauen, ab 1941 außerdem durch Kriegsgefangene ersetzt.⁷²



Abb. 29: Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend. Vor der Hopfengabe in die Braupfanne wird die Güte des Hopfens besprochen, Berlin, 1936 (Originaltitel)

Quelle: bpk Bildagentur, Nr. 20042589, Photothek Willy Römer; Fotograf Willy Römer

71 Ellerbrock (2012), a.a.O., S. 93; Borkenhagen (1971), a.a.O., S. 141.

72 Zur Zahl der Beschäftigten: Wirth (1996), a.a.O., S. 159; Wirth (2002), a.a.O., S. 127; BArch, R/3102/51, Statistisches Reichsamt.

Die starke Stellung der Brauereiarbeiter im betrieblichen Geschehen zeigte sich auch bei ihrer Bezahlung. Im *Wirtschaftsjahrbuch für Industrie und Handel* von 1928 ist zu lesen, sie stellten „schon seit Jahren nächst den Saisonarbeitern im Baugewerbe die bestbezahlte Arbeiterkategorie in Deutschland“ dar, und sie behielten ihre herausragende Position im Dritten Reich. Im Jahr 1936 waren die Bruttostundenverdienste in dieser Männerbranche mit 101 Pf. fast doppelt so hoch als in der traditionellen Frauenbranche der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie, wo sie bei 51 Pf. lagen. Sie wurden lediglich von den Löhnen im Buchdruckgewerbe übertroffen. Diese Reihung blieb bis 1944 unverändert.⁷³

Trotz aller Einschränkungen bei den meisten Lebensmitteln während des Krieges erhielt sich in den Brauereien die Gepflogenheit des Haustrunks. Beim Berliner Bürger-Bräu wurde dieser ab 1939 zwar um ein Drittel reduziert, aber nicht abgeschafft. Und aus der Hauptverwaltung von Schultheiss ist eine Notiz vom 20. November 1944 überliefert: „Für Haustrunk an Gefolgschaftsmitglieder, der diesen in die Wohnung geliefert wird, sind mit sofortiger Wirkung je Kasten Einfachbier RM 3.- zu berechnen.“ Auch die Brauereiarbeiter profitierten somit bis zuletzt vom allgemein hohen Ansehen des Bieres im Nationalsozialismus.⁷⁴

73 Zur Entlohnung: Zitat bei Kurt W. Droege (1928): Die deutschen Brauereien, in: K. C. Thalheim (Hg.): *Wirtschaftsjahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reiches und der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns*, Leipzig, S. 795-806, hier S. 804; *BArch*, R/3102/51, Statistisches Reichsamts; *Länderrat* (1949), a.a.O., S. 470f.

74 Zum Haustrunk: *LAB*, A Rep. 250-04-01, Nr. 153; A Rep. 250-04-07, Nr. 84: Bierpreise.

4. Was wurde nach 1945 aus...

... dem Gebäude?

Der sowjetische Stadtkommandant von Berlin – das war zu dieser Zeit bereits nicht mehr der legendäre Nikolai Bersarin, der am 16. Juni bei einem Autounfall ums Leben gekommen war, sondern sein Nachfolger Alexander Gorbatow – erließ am 30. Juni 1945 eine Anordnung, wonach „das früher dem nazistischen Reichsnährstand gehörige Gebäude und Grundstück Meraner Str. 21/25 als Parteigebäude für die Kommunistische Partei Deutschlands Bezirk Schöneberg beschlagnahmt und dem Parteisekretär, Herrn Gerhard Jurr, wohnh. Berlin-Schöneberg, Hewaldstr. 4 übereignet“ werden sollte. (Die hier abgebildete Abschrift wurde von Gorbatows Stellvertreter Igor Barinow unterzeichnet). Jurr war seit 1931 kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär und 1936 durch den Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, ab Mitte 1945 Schöneberger Parteisekretär der KPD. In der Folge stand Jurr für diese im Grundbuch, allerdings wurde er 1946 kurzzeitig von den US-Militärbehörden verhaftet und sein Name durch den neuen Bezirkssekretär Rudolf Voigt ersetzt.⁷⁵

⁷⁵ Jurr, Werner und Jurr, Gerhard in: *Handbuch der Deutschen Kommunisten*, www.bundesstiftung-g-aufarbeitung.de (Zugriff 5.10.2018). Das Gebäude befindet sich an der Ecke Badensche Straße/Meranerstraße. Normalerweise wurde – anders als in diesem Dokument – die Adresse Badensche Straße 52 angegeben.

49
 Корпусамы района
 Шенберга.

24

Ягание Сибиряко и.и.ирская прог-
 восшествениа сосовов / Райскерптарг/
 нацметской партия в Шенберге Керанг-
 мтрассе 23 перегаине в содеванномъ
 Корпусамы Терманни / район Шенберг, /
 Документ оформлен на имя Терманн 1945
 30. 6. 45 и.о. карсониа Терманн
 и коллегамъ г. Терманн
 Терманн-майор г.г. Баринов.

In den
 Übersetzung.
 Kommandanten des Bezirks Schöneberg.

Übergeben Sie das Gebäude des Reichsnähr-
 standes der NSDP Bez. Schöneberg zum Bezie-
 hum der Kommunistischen Partei Deutschlands
 (Bezirk Schöneberg)

Die Urkunde ist auf den Namen Gerhard
 Jurr ausgefertigt

30. 6. 45. Unterschrift:
 Der Chef der garnison
 und Kommandant d. Stadt Berlin
 General-Major Barinow

Für die Richtigkeit der Übersetzung: Nielsen
 6. 6. 45.

Abb. 30: Anordnung von General-Major Barinow zur Übergabe des Gebäudes des Reichsnährstandes an die Kommunistische Partei Deutschlands (Bezirk Schöneberg) vom 30.6.1945

Quelle: Grundbuchamt Schöneberg, Band 178, Blatt 5365

Obwohl Schöneberg gemäß der Aufteilung der Stadt in vier Sektoren zum amerikanischen Sektor gehörte, blieb das Gebäude bis zum Februar 1948 im Besitz der KPD. Erst dann schaltete sich die amerikanische Militärregierung ein und ordnete an, die Grundbucheintragung sei zu löschen. Dies hatte zur Folge, dass das alte Eigentumsverhältnis wieder hergestellt wurde, nun also abermals die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft als Eigentümer galt. Zuständig für das Schicksal des Gebäudes war seit 1949 daher die Abwicklungsstelle *Custodian of NSDAP-properties in the American sector of Berlin*. Ihr folgte ein vom bundesdeutschen Landwirtschaftsministerium bestellter *Beauftragter des Abwicklers des Reichsnährstands und seiner Zusammenschlüsse*. Bevor über eine weitere Verwendung des Baus entschieden werden konnte, musste eine Hypothek über 800.000 Reichsmark gelöscht werden, die von der Hauptvereinigung 1939 aufgenommen worden war. Lange Zeit war unklar, wer „Funktionsnachfolger“ in dem Gebäude werden sollte, und so dauerte es bis zum April 1969, bis das Land Berlin das frühere Gebäude der HVdB erwerben konnte. In den 1980er Jahren wurde es vom Schöneberger Wohnungsamt, danach vom Sozialamt des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg genutzt.⁷⁶

Die im benachbarten Gebäude Badensche Straße 50-51 ansässige Hochschule für Wirtschaft litt spätestens seit dem Jahr 2000 an erheblicher Raumnot, die sich in der Folgezeit noch verschärfte, weil mit der Umstellung auf das Bachelorstudium auch mehrere neue Studiengänge eingerichtet wurden. Die Zahl der Studienplätze wuchs auf mehr als 3.000 an und die Hochschule erreichte eine bemerkenswerte Kapazitätsauslastung von fast 300 Prozent, war also nahezu dreifach überbelegt. Die Hochschulleitung machte sich daher auf die Suche nach neuen Räumen. Im Juli 2003 wurde bekannt, dass der Bezirk Schöneberg-Tempelhof seine Flächen verringern wollte, doch stellte sich bald heraus, dass er gerade dieses Gebäude wegen seiner Nähe zum Rathaus Schöneberg eigentlich nicht abgeben wollte. Schließlich kam es aber doch dazu und das Gebäude des Sozialamts wurde 2006 vom Bezirk auf das Vermögen der Wissenschaftsverwaltung übertragen; im selben Jahr zog das Bezirksamt um. Nach den Erinnerungen des damaligen Rektors Franz Herbert Rieger war das frühere Sozialamt ein recht vernachlässigtes Gebäude, mit unzähligen Einbauten und „frei von jeder freundlichen Anmutung“, in dem es in der Folge somit vor allem um Entkernung gehen musste. Im Dachgeschoss gab es nach wie vor den Festsaal, der angesichts des Giebeldaches wie ein Bierzelt gestaltet war und in dem immer noch ein Podium für etwaige Musikkapellen aufgebaut war. Im ersten

76 *Grundbuchamt Schöneberg*, Band 178, Blatt 5365: Brief des Bezirksbürgermeisters von Schöneberg v. 3.7.1945; dort auch der Grundbuchauszug von 1945 und Dokumente zum späteren Verkauf an das Land Berlin.

Stock (dem heutigen Saal für den Akademischen Senat) befand sich der Kasernenraum für die Auszahlung der Sozialhilfe.⁷⁷

Danach war es noch ein längerer Weg, bis die Hochschule als Bauherr auftreten konnte und die Finanzierung gesichert war. Indirekt kam ihr dabei die große Finanzkrise von 2007/2008 zugute, da diese unter anderem zum Konjunkturprogramm II führte und die Hochschule die förderfähigen Maßnahmen praktischerweise bereits in der Schublade hatte. Gebaut wurde dann in den Jahren 2009-2010. Inzwischen war das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt worden, so dass auch diese Anforderungen zu berücksichtigen waren. Letztlich entstanden eine neue großzügige Bibliothek, Räume für die Hochschulleitung und die Verwaltung sowie Seminarräume. Bei der Eröffnung des Gebäudes im März 2011 bezeichnete Franz Herbert Rieger seine Empfindungen in den Jahren davor als oftmals schwankend „zwischen der Situation des Landvermessers in Kafkas Schloss und dem Hans im Glück“.⁷⁸

77 Mitteilungen von *Franz Herbert Rieger*, der ab 2000 Rektor der FHW, von 2009 bis 2010 Rektor der HWR Berlin war.

78 Rede von *Franz Herbert Rieger* zur Eröffnung des Gebäudes Badensche Straße 52 am 22.3.2011.

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Abt. Bauwesen
Amt für Planen, Genehmigen und Denkmalschutz
Untere Denkmalschutzbehörde



Briefkopf: Tempelhof-Schöneberg, Untere Denkmalschutzbehörde, 10623 Berlin

Dko Architekten
z.Hd. Hr. Meier
Kneschkestr. 86-87
10623 Berlin

EINGEGANGEN
09. MRZ. 2011
dko architekten

Geschäftliches Briefpapier angeben;
D? Ursprünge-Userbetrieber
Pflau Straße
Charlottenburg
Matthaus-Schöneberg,
John-F.-Kennebeck-Platz
Zimmer: 9025
Postanschrift:
10820 Berlin
☎ Buchnummer 90277-6954
Vormittag 10:00, 902776
e-mail (90277)
Telefax (90277) 90277-7885
E-Mail: info@schotteles.is.com.de
Datum: 07.03.2011

Grundstück Badensche Str. 52 in Berlin Tempelhof-Schöneberg, Ostteil Schöneberg-Baudenkmal
Hier: Umbau des Barockgebäudes zu einer Einrichtung für die FHW Berlin

Bescheinigung der Unteren Denkmalschutzbehörde gem. § 11 Abs. 1 DSchG Bln (denkmalgerecht durchgeführte Arbeiten)

Das betreffende Gebäude ist als Baudenkmal in der Liste der Denkmale des Bezirkes Tempelhof-Schöneberg verzeichnet. Das Gebäude unterliegt dem Schutz des Gesetzes zum Schutz von Denkmalen in Berlin vom 24.04.1995 (DSchG Bln, BVBl. S. 274) und ist nachrichtlich in die Berliner Denkmalliste eingetragen (Stand 03.08.1995, ABl. Nr. 45/ 28.9.95; überarbeitete Liste, Stand 15.5.2001, ABl. Nr. 29 vom 14.6.2001).

Die Maßnahmen wurden seitens der Bauherren in einem Antragsverfahren beantragt. Die Genehmigung erfolgte in einem denkmalschutzrechtlichen Bescheid gem. § 11 Abs. 1 DSchG Bln.

Die Baumaßnahmen wurden von Beginn der Ausführungen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt.

Die Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten wurden photographisch ausreichend dokumentiert und von d.U. begutachtet und für denkmalgerecht ausgeführt befunden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Schade

D2:Baustelle_Bauweise:DRFK_Aln1.11

Tafel verleiherinnen Herr Tietzen 104, 14b, 115, 1. Etage 1-4 - Behn. Schöneberg	Sachbearbeiterin Dk.Jr. 9-11 Uhr und nach Verfahrensamt	Führungen bitte nur berufliche an die Baukreiskasse Schöneberg	Kontrollnummer 24 04 - 107 1 150 001 007 1 700 107 000 101 012 45	Gebäude Postfach Berlin Berliner Straße 142 10259 Berlin	Baukürzel 100 148 10 100 148-0 100 148-00 100 148-00
---	--	---	--	--	---

Abb. 31: Brief des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg vom März 2011, in dem bescheinigt wird, dass die Umbauten des Gebäudes Badensche Str. 52 denkmalgerecht erfolgten

Quelle: Brief des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg, zur Verfügung gestellt vom früheren Kanzler der FHW bzw. der HWR Berlin, Norbert Nerlich

... dem Reichsnährstand und den Bierverbänden?

Die Besatzungsmächte lösten ab Mai 1945 die nationalsozialistischen Organisationen auf und beschlagnahmten ihre Gebäude, den Reichsnährstand ließ man jedoch angesichts der schwierigen Versorgungslage – 1946/47 kam es zu einem Hungerwinter – fürs erste bestehen. Auch wurde er bei den Nürnberger Prozessen nicht als „verbrecherische Organisation“ eingestuft und es dauerte letztlich nicht weniger als zwei Jahrzehnte, bis er weitgehend aufgelöst war. Während es dazu in der amerikanisch-britischen Zone bereits 1948 ein entsprechendes Gesetz gab und Treuhänder für das Vermögen bestellt wurden, fehlten entsprechende Regelungen für Berlin. Schließlich erließ die Bundesrepublik 1961 ein Reichsnährstand-Abwicklungsgesetz, das auch die Hauptvereinigungen betraf. Der in der Folge bestellte Abwickler hatte nach § 2 des Gesetzes die „laufenden Geschäfte zu beenden, die Forderungen einzuziehen sowie nach den folgenden Vorschriften das übrige Vermögen in Geld umzusetzen und die Gläubiger zu befriedigen“. Das war deshalb so kompliziert, weil der Reichsnährstand zahllose vorher bestehende Verbände enteignet und sich deren Vermögen einverleibt hatte, zudem war die „Unterbringung und Versorgung der verdrängten Dienstangehörigen und Versorgungsberechtigten des Reichsnährstandes“, also der während des Dritten Reiches dort Beschäftigten, zu regeln. Das dauerte viele weitere Jahre, und ab 1990 kamen durch die deutsche Einheit neue Ansprüche dazu, die der Deutsche Bauernverband als Nachfolger des bis 1933 bestehenden Reichslandbundes erhob. Das tatsächliche juristische Ende des Reichsnährstandes erfolgte somit erst im April 2006, als das Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz aufgehoben wurde.⁷⁹

Walther Darré, der „Blut und Boden“-Leiter des Reichsnährstandes stand 1949 in Nürnberg bei einem der größten Nachfolgeprozesse der Nürnberger Hauptprozesse vor Gericht und wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, aber bereits 1950 aus Landsberg entlassen, und trat dann als Experte für Düngemethoden auf. Als er 1953 starb, wurde er, der Ehrenbürger der „Reichsbauernstadt“ Goslar war, dort unter reger Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Auch der damalige Oberbürgermeister erwies ihm die letzte Ehre, und die Stadt ließ es sich nicht nehmen, die Begräbniskosten zu übernehmen. Erst 2013 wurde Darré die Ehrenbürgerschaft durch die Stadt Goslar offiziell aberkannt (diese war allerdings aufgrund einer Kontrollratsdirektive faktisch bereits durch seine Verurteilung in Nürnberg erloschen).⁸⁰

79 Zum Reichsnährstand: *Dornheim* (2011), a.a.O., S. 127ff.

80 Zu Darré: *Deutsches Historisches Museum*, LeMO-Biografie, <https://www.dhm.de/lemo/biografie/richard-darre> (Zugriff 12.8.2018); *Donald Giesecke* (2018): Goslar 1945 bis 1953, in: *Unser Harz, Geschichte und Geschichten, Kultur und Natur aus dem gesamten Harz*, Claus-

Die Wirtschaftsgruppe Brauereien hörte – wie alle nationalsozialistischen Organisationen – ab Mai 1945 auf zu bestehen, doch die rechtliche Liquidierung erfolgte erst in der Bundesrepublik durch ein Gesetz von 1956. Der Deutsche Brauer-Bund nahm seine Tätigkeit ab 1949 wieder auf und berief – wie es bis 1934 üblich war – den Vertreter einer Großbrauerei an seine Spitze: Hans Pfülf. Er war seit 1923 Mitglied im Vorstand der Pschorrbräu AG und seit 1926 im Vorstand des Deutschen Brauer-Bundes, war dort aber 1933 entlassen worden.⁸¹

Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Brauerei Dr. Ernst Röhm kehrte in die Leitung der traditionsreichen Familienbrauerei Bürgerbräu Bad Reichenhall zurück und wurde 1949 Präsident des ebenfalls wiedergegründeten Bayerischen Brauerbundes.⁸²

Jakob Immendorf, der 1940 aus ungeklärten Gründen vom Vorsitz der Hauptvereinigung zurückgetreten war, kehrte ebenfalls in die Leitung des Unternehmens zurück, aus dem er ursprünglich stammte, in die Kölner Hubertus-Brauerei AG. Was aus seinem Nachfolger Franz X. Schwarz wurde, ist nicht bekannt.⁸³

... dem Bierkonsum und der Brauwirtschaft?

„Die Deutschen haben kaum noch Lust auf Bier“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* im Februar 2018 und auch der *Tagesspiegel* diagnostizierte: „Ernüchterung in deutschen Brauereien“. Tatsächlich zeigte der Pro-Kopf-Konsum im vorangegangenen Jahrzehnt eine geringfügig, aber stetig abfallende Tendenz. Dramatisch konnte dies allerdings nur erscheinen, wenn man die bundesrepublikanischen Höhenflüge aus der Zeit des „Wirtschaftswunders“ vor Augen hatte. Damals gaben die Bundesbürger ihre wachsenden Einkommen nicht nur für eine Waschmaschine und den ersten VW-Käfer, für eine Italien-Reise und einen Besuch im *Wienerwald*- Restaurant aus, sondern sie tranken auch Jahr für Jahr mehr Bier, bis 1980 ein einzigartiger Höchstwert von 146 Litern pro Kopf erreicht wurde – mehr als doppelt so viel als 1938/39. Im Jahr 2017 wurde demgegenüber nur noch ein Pro-Kopf-Verbrauch von 101 Litern registriert, also

thal-Zellerfeld, Heft 7/2018; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.10.2013: Goslar entehrt „Bauernführer“ Darré.

81 Vorsitzende nach *Borkenhagen* (1971), a.a.O., S. 261ff.

82 Zu Röhm: //www.buergenbraeu.com/unsere-geschichte.html (Zugriff 5.6.2018); in der Familien- und Firmenchronik wird die langjährige Tätigkeit Dr. Röhrs als Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Brauereien nicht erwähnt.

83 Zu Immendorf: //www.koelsch-net.de/koelsch-net/anz/Gereons.htm (Zugriff 5.6.2018).

sehr viel weniger als 1980, doch immerhin genauso viel wie vor 1914. Der Rückgang hat unter anderem damit zu tun, dass weniger Jugendliche Alkohol zu sich nehmen, und auch, dass der Alkoholkonsum am Arbeitsplatz weitgehend verboten wurde, wie der Präsident des deutschen Brauerbundes Wolfgang Burgard 2011 in einem Vortrag erläuterte: „Hafenarbeiter waren früher die treuesten Kunden von Holsten und Astra. Und auf jeder Baustelle stand mehr als nur ein Kasten Bier.“ Ein Vergleich mit den heutigen Pro-Kopf-Angaben in anderen europäischen Ländern zeigt, dass Deutschland dennoch nach wie vor als ein Land der Biertrinker herausragt. Nur in Tschechien wird pro Kopf mehr Bier getrunken.⁸⁴

Im Jahr 1933/34 hatte es 4.558 gewerbliche Braustätten gegeben, 1943/44 nur noch 3.354. Nach dem Krieg kam man 1950 in der Bundesrepublik und in der DDR zusammen auf 2.968 gewerblich tätige Brauereien, wobei sich ihre Zahl in den folgenden Jahrzehnten ungefähr halbierte. Doch nach 1990 hat sich der Trend umgekehrt, und während es 1989 lediglich 1.178 Brauereien gab, ist ihre Zahl im Jahr 2017 auf 1.492 angestiegen. Gleichzeitig hat sich die Struktur der Branche grundlegend verändert. Im Jahr 1938/39 betrug der Gesamtausstoß 48 Mio. Hektoliter und wurde von rd. 95.000 Beschäftigten produziert. In den Jahrzehnten nach 1945 nahm der Ausstoß stark zu und erreichte 2017 rund 93 Mio. Hektoliter, wurde aber inzwischen von sehr viel weniger Arbeitskräften hergestellt. Mit dem Wachstum der Betriebsgrößen und einem qualitativen Sprung bei der Mechanisierung der Produktion ist die Produktivität stark angestiegen, gleichzeitig spielen Preiskämpfe und hohe Ausgaben für Werbung im Vergleich zu früher eine bedeutende Rolle. Galt in den Statistiken in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Ausstoß von mehr als 120.000 Hektolitern als oberste Kategorie, zu der 1938/39 lediglich 77 Betriebe gehörten, so gab es im Jahr 2017 bereits 68 Betriebe, die einen Ausstoß von mehr als 200.000 Hektolitern, und 26, die einen Ausstoß von mehr als einer Mio. Hektolitern aufwiesen.⁸⁵

Von den vier größten Brauerei-Aktiengesellschaften von 1938 existiert inzwischen keine mehr in der damaligen Form. Schultheiss und Dortmunder Uni-

84 *Süddeutsche Zeitung*, 1.2.2018: Die Deutschen haben kaum noch Lust auf Bier; *Der Tagesspiegel*, 2.2.2018: Ernüchterung in deutschen Brauereien; Zitat Burgard in: Stefan Maaß: Bierdurst läßt nach, //www.welt.de/print/wams/vermishtes/article13127933/Bierdurst-laesst-nach.html, 10.4.2011 (Zugriff 4.3.2019); Daten zum Pro-Kopf-Verbrauch: *Statista* //de.statista.com/statistik/daten/studie/4628/umfrage/entwicklung-des-bierverbrauchs-pro-kopf-in-deutschland-seit-2000/ (Zugriff 6.8.2018).

85 Zahl der Brauereien: *Statista* //de.statista.com/statistik/daten/studie/161074/umfrage/anzahlder-brauereien-in-deutschland/ (Zugriff 6.8.2018); zur Zahl der Brauereien und zur Struktur des Biermarktes: *Lothar Ebbertz* (1992): Die Konzentration im Braugewerbe der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Ursachen, Frankf./M., S. 122ff.

on, die beiden damals größten Brauereien, fusionierten 1972 zur Brau- und Brunnen AG, die in den 1990er Jahren den größten deutschen Getränkekonzern darstellte, dann aber in Schwierigkeiten geriet und in der Radeberger Gruppe aufging, die ihrerseits Teil des Oetker-Konzerns ist. Die Löwenbrauerei, damals drittgrößte Großbrauerei, schloss sich 1997 mit dem Münchner Spatenbräu zur Spaten-Löwenbräu-Gruppe zusammen, die 2003 vom belgischen Bierkonzern Interbrew (heute AB InBev) übernommen wurde. Die Berliner Engelhardt-Brauerei, damals vierte Großbrauerei, wurde in der DDR zum VEB Engelhardt und landete nach der Wende bei der Brau- und Brunnen AG, somit letztlich ebenfalls beim Oetker-Konzern.⁸⁶

Das Schicksal dieser früheren Großbrauereien wirft ein Schlaglicht auf die tiefgreifenden Veränderungen, die der deutsche Braumarkt in den letzten Jahrzehnten erlebt hat. Nur einige wenige der deutschen Braustätten, die mehr als 200.000 Hektoliter ausstoßen, sind nach wie vor unabhängig, die meisten in eine der großen deutschen oder internationalen Gruppen eingegliedert. Auf sie fallen mehr als 80 Prozent des gesamten Bierausstoßes. Unter die Räder kamen dabei viele mittelständische Brauereien in der Größenordnung 5.000 bis 200.000 Hektoliter, von denen es aber immer noch ca. 1.000 gibt. Stark angestiegen ist zudem die Zahl der Gasthaus- und Kleinstbrauereien, die mit ihrem Ausstoß darunter liegen. Von einem Einheitsbier, wie es manchen nationalsozialistischen Politikern vorgeschwebt hatte, ist der deutsche Markt mehr denn je entfernt. Die deutschen Biertrinker (und inzwischen auch vermehrt die Biertrinkerinnen) sehen sich nicht weniger als 6.000 Biermarken gegenüber.⁸⁷

86 Angaben zu den einzelnen Unternehmen bei Wikipedia.

87 *Deutscher Brauer-Bund*: Die Brauwirtschaft in Zahlen, www.brauer.bund.de (Zugriff 6.8.2018); *Pressemitteilung des Deutschen Brauer-Bundes* v. 18.1.2018: Deutschlands Brauer blicken zurück auf ein verregnetes Jahr.

